

Landverteilung und lokale Volksherrschaft als Staatsräson. Die Republika Tarnobrzeska 1918-1919

Tim Buchen 

ABSTRACT

Land Distribution and Local People's Rule as "Reason of State": The Republic of Tarnobrzeska 1918-1919

When the Habsburg monarchy lost its grip over the former Crownland of Galicia, spontaneously organised committees moderated the shift of power from Austria-Hungary to the future Polish state. In four districts in central Galicia however, Polish peasants sought to establish a new order that would primarily serve their economic and political interests. For a couple of months, the idea of a peasant republic challenged the central state. This republic was named after the town Tarnobrzeg, where every Wednesday thousands of peasants assembled to articulate their vision of a post-war order. This article explains the context of violence and social unrest in which the Republika Tarnobrzeska emerged, analyses how a priest and a former Habsburg officer became leaders of this peasant vision of democracy and self-determination. It also sheds light on the economic conflicts, societal ruptures and cultural clashes that the revolution of 1918 brought to the fore.

KEYWORDS: Tarnobrzeg, peasants, local government, Poland, World War I

Declaration on Possible Conflicts of Interest

The author has declared that no conflicts of interest exist.

Funding Statement

The author received no specific funding for this work.

Prof. Dr. Tim Buchen, Taube Department of Jewish Studies, University of Wrocław, tim.buchen@uwr.edu.pl,
<https://orcid.org/0000-0003-1651-2935>

Landverteilung und lokale Volksherrschaft als Staatsräson. Die Republika Tarnobrzeska 1918-1919 – ZfO / JECES 73/2024/1
(received 2022-12-20, accepted 2023-05-11)

DOI: <https://doi.org/10.25627/202473111474> – eISSN 2701-0449, ISSN 0948-8294



„Aufruf an die Bevölkerung im Kreis Kolbuszowa (5. November 1918)

Die österreichische Herrschaft in Galizien ist zu Ende und wurde von der rechtmäßigen Regierung in Warschau und der unter ihrem Befehl stehenden Polnischen Liquidationskommission übernommen. Nur diese sind wirkliche polnische Führungen, und nur diesen sollte jeder Pole, dem das Wohl des Vaterlands am Herzen liegt, folgen.“¹

„Manifest der Übergangsregierung der Volksrepublik Polen (7. November 1918)

Polnisches Volk! Polnischer Bauer und Arbeiter! Wenn du den dir zustehenden Platz in der Familie der freien Nationen einnehmen möchtest, wenn du dein eigener Herr auf deinem eigenen Land sein möchtest, dann musst du die Macht in Polen in deine Hand nehmen, musst selbst das Haus der unabhängigen und vereinigten Volksrepublik Polen [Ludowa Rzeczpospolita Polska] bauen“.²

1 Einleitung

Als der österreichische Staat im Oktober 1918 seine Macht über den Westteil des ehemaligen habsburgischen Kronlands Galizien verlor, rangen verschiedene eilig ausgerufene Organisationen um das Vertrauen der Einwohner in eine neue polnische Republik. Um den Anspruch auf staatliche Autorität einlösen zu können, mussten sie beweisen, außer über Zukunftsvisionen auch über die Mittel zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung zu verfügen, denn bereits seit Sommer 1918 herrschte faktisch ein Bürgerkrieg.³ Bewaffnete Banden desertierter oder zurückgekehrter Soldaten entwaffneten militärische Einheiten, plünderten und raubten Gutshöfe und Geschäfte aus oder sorgten als Wegelegerer für Unsicherheit auf dem Land.⁴ Die verbliebenen Staatsbeamten bemühten sich entweder unter Einsatz von Waffengewalt, die bisweilen Todesopfer forderte, um die Durchsetzung ihres Gewaltmonopols oder hatten es ganz

¹ Odezwa starostwa w Kolbuszowej do ludności na temat sytuacji w powiecie (5 listopada 1918) [Aufruf der Kreishauptmannschaft in Kolbuszowa an die Bevölkerung zum Thema der Situation im Kreis (05.11.1918)], in: MAREK PRZENIOSŁO (Hrsg.): *Narodziny niepodległości w Galicji (1918–1919). Wybór dokumentów z archiwów lwowskich*, Kielce 2007, S. 135–136.

² Manifest Tymczasowego Rządu Ludowego Republiki Polskiej, zit. nach: KAZIMIERZ WŁADYSŁAW KUMANIECKI (Hrsg.): *Zbiór najważniejszych dokumentów do powstania Państwa Polskiego* [Auswahl der wichtigsten Dokumente zur Entstehung des polnischen Staates], Kraków 1920, S. 127–129, hier S. 127.

³ JOCHEN BÖHLER: *Civil War in Central Europe, 1918–1921. The Reconstruction of Poland*, Oxford 2018.

⁴ Der Polizeikommandant des Kreises Rzeszów, Kazimierz Łukaszewicz, gab am 20.05.1919 zu Protokoll, dass sich bei seinem Amtsantritt am 04.11.1918 überall in den Wäldern der Umgebung Deserteure befunden hätten, die sich mit „dunklen Individuen“ zu Banden zusammengeschlossen hätten, in: *Archiwum Akt Nowych (AAN)* [Archiv der Neuen Akten], Warschau, Prezydium Rady Ministrów [Präsidium des Ministerrats] (PRM) 5226, Bl. 119.

aufgegeben, Präsenz zu zeigen. So beherrschten Banden, die ein ganzes Bataillon mitsamt zweier Maschinengewehre entwaffnet hatten, die Landstraße zwischen Rozwadów und Gorzyce.⁵

In Galizien hatte sich nach mehrmonatigen Interventionen des polnischen Militärs die Warschauer Regierung mit der Polnischen Liquidationskommission Galiziens und des Teschener Schlesiens (Polska Komisja Likwidacyjna (PKL) Galicji i Śląska Cieszyńskiego). durchgesetzt. Zuvor war im Ostteil des Landes, der mehrheitlich von Ukrainern bewohnt wurde, der ukrainische Anspruch auf einen Nationalstaat von polnischen Verbänden niedergeworfen worden. Dabei hatten viele polnische Soldaten und Zivilisten durch ihre aktive Teilnahme an antijüdischen Pogromen deutlich gemacht, dass nach ihrer Auffassung polnischer Staatlichkeit Juden eine allenfalls prekäre Stellung in der neuen Republik zukommen würde.⁶

In einigen Regionen Galiziens fand jedoch die zweite einleitend zitierte Stimme – jene der Übergangsregierung aus Lublin mit ihrem Appell zur tatkräftigen Aufbauarbeit sowie der Verheißung von persönlicher Freiheit und einem eigenen Stück Land – eine weit größere Anhängerschaft als der strenge Aufruf, sich dem Willen Warschaus zu fügen. Pluralistischer oder inklusiver war diese Vergemeinschaftungsbemühung jedoch nicht. Ganz im Gegenteil huldigten deren Anhänger einem noch engeren Verständnis dessen, was das „polnische Volk“ sei.

Der Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit war bekanntlich ein offener und durchaus auch konfliktreicher Prozess. Sowohl das Ausmaß der Demokratisierung, von der Gestaltung des Stimmrechts im Politikbetrieb bis hin zur Umverteilung der extrem ungleichen Besitzverhältnisse an Grund und Boden, war ebenso Teil dieser Aushandlung wie die Frage, wer eigentlich zum Demos dieser Republik gehören sollte. So verstand die Regierung der „Volksrepublik Polen“ unter der Nation in erster Linie den *lud*, das arbeitende Volk, die überwältigende Bevölkerungsmehrheit von Arbeitern und Bauern. Damit knüpfte die vom galizischen Sozialisten Ignacy Daszyński angeführte vorläufige Regierung an die politische Bauernbewegung (*ruch ludowy*) und die sozialdemokratischen Parteien an, die in der Habsburgermonarchie seit mehr als 30 Jahren parlamentarische Erfahrungen gesammelt, sich eigene Organisationsstrukturen aufgebaut und das Vertrauen ihrer bäuerlichen Wähler erarbeitet hatten.⁷ Sie glaubten, dass mit dem Staatszerfall der Zeitpunkt gekommen sei, ihre Lösungsvorschläge für die miserable materielle Situation

⁵ JÓZEF RAWSKI: Republika Tarnobrzaska w świetle źródeł i wspomnień adiutanta Powiatowej Komendy Wojsk Polskich w Tarnobrzegu [Die Republika Tarnobrzaska im Licht von Quellen und den Erinnerungen des Kreiskommandeurs der polnischen Streitkräfte in Tarnobrzeg], Tarnobrzeg 1993, S. 20; AAN, PRM 5226, Bl. 5.

⁶ WILLIAM W. HAGEN: Anti-Jewish Violence in Poland, 1914–1920, Cambridge 2018.

⁷ Die vorläufige Regierung wurde von Józef Piłsudski unterstützt: Nachdem es ihr jedoch nicht gelungen war, mit der Nationaldemokratie einen Kompromiss zu finden, nahm er das Rücktrittsgesuch Daszyńskis Ende 1918 gern an.

der Unterschichten ebenso wie die Symbole und Normen einer bäuerlichen Politik mit neuem Gestaltungsanspruch umzusetzen. Zugleich war das zitierte Manifest in seiner Stoßrichtung und Terminierung auch ein Produkt der internationalen Großwetterlage, die weit über das Kronland hinausreichte.

Der in dem Manifest enthaltene Verweis auf den legitimen Platz unter gleichgesinnten Nationen zeigte, dass sich das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ im offiziellen Diskurs über Europa, auf das sich auch die Übergangsregierung in Lublin zur Legitimation ihres Staatsprojekts berief, durchgesetzt hatte.⁸ Dass die Frage der Landverteilung und das Recht auf die eigene Scholle derart prominent im Text firmierten, verdeutlichte hingegen deren Bemühen, der Strahlkraft der *bol'sheviki* und den mit ihrem politischen Programm in Verbindung gebrachten Umverteilungen und Aneignungen von Land etwas entgegenzusetzen.⁹ Die Regierung war darin keineswegs von einer irrationalen *red scare* getrieben, denn tatsächlich hatten Tausende Deserteure und seit dem Frieden von Brest-Litovsk entlassene Kriegsgefangene der habsburgischen Streitkräfte bereits damit begonnen, sich Ressourcen aus Wäldern und Wiesen anzueignen und den weit verbreiteten Landhunger eigenmächtig zu stillen.¹⁰ Dabei hatten sie sich zum Teil direkt auf Lenin und die *bol'sheviki* bezogen, deren Rhetorik sie während der Kriegsgefangenschaft oft genug kennengelernt hatten. Auf ihrem Weg zurück in die Heimat, durch das Bürgerkriegsgebiet im Süden Russlands, sahen die ehemaligen Soldaten, wie Bauern die Landreform selbst in die Hand nahmen, indem sie sich Güter aneigneten und untereinander aufteilten. Die Parolen Lenins und die Praxis in der Provinz fügten sich zu einem bauernfreundlichen Bild vom Bolschewismus zusammen.¹¹

Das bäuerliche Programm einer materiellen Enteignung und politischen Entmachtung der Großgrundbesitzer mit einer neuen Staatsidee zu versöhnen, mehr noch, diese zur Staatsräsion zu erklären, war denn auch das Leitmotiv einer weiteren, im November ausgerufenen Republik, der „Republika Tarnobrzeka“ (Republik Tarnobrzeg). Sie wurde am 6. November auf dem Marktplatz von Tarnobrzeg proklamiert, auf dem sich tausende Menschen um das

⁸ Vgl. BORISLAV CHERNEV: The Brest-Litovsk Moment. Self-Determination Discourse in Eastern Europe before Wilsonianism, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011), 3, S. 369–387.

⁹ Vgl. DIETMAR MÜLLER: Bodeneigentum und Nation. Rumänien, Jugoslawien und Polen im europäischen Vergleich, 1918–1948, Göttingen 2020.

¹⁰ HANNES LEIDINGER, VERENA MORITZ: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien 2003.

¹¹ Vgl. DIMITRI TOLKATSCH: Lokale Ordnungsentwürfe am Übergang vom Russischen Reich zur Sowjetmacht. Bauernaufstände und Dorfrepubliken in der Ukraine 1917–1921, in: TIM BUCHEN, FRANK GRELKA (Hrsg.): Akteure der Neuordnung. Ostmitteleuropa und das Erbe der Imperien 1917–1924, Berlin 2017, S. 93–111; JAKUB BENEŠ: The Green Cadres and the Collapse of Austria-Hungary in 1918, in: *Past & Present* (2017), 1 (236), S. 207–241.

Denkmal des Bauernhelden Bartosz Głowacki versammelt hatten.¹² Bei diesem Staatsentwurf handelte es sich um eine zeitlich und lokal begrenzt existierende Vorstellung von einer autonomen Bauernrepublik in den ehemaligen galizischen Kreisen Tarnobrzeg, Mielec, Nizany und Kolbuszowa. Ihre Geschichte zeigt beispielhaft, wie im lokalen Kontext des ehemaligen Kronlands Demokratie und Nationalstaatlichkeit als „Volksherrschaft“ verstanden und ausgedeutet wurden.

Anhand der ephemeren Utopie bäuerlicher Staatlichkeit, deren Repräsentanten sich sowohl auf die Regierung in Lublin als auch den faktischen Staatsführer Józef Piłsudski beriefen, aber aus Gründen, die im Folgenden noch ausführlich erläutert werden, dezidiert gegen die Liquidationskommission in Krakau agierten, wird deutlich, dass viele Bauern in diesem Gebiet staatliche Herrschaft nur dann zu akzeptieren bereit waren, sofern sie die Bedürfnisse der bäuerlichen Mehrheit über die Interessen der religiösen Minderheit der Juden und der privilegierten adligen Landbesitzer sowie der bürgerlichen Intelligenz stellen würde. Jerzy Tomaszewski bringt diese Erwartungshaltung wie folgt auf den Punkt: „Die Unabhängigkeit Polens wurde auf dem Land vor allem als Chance verstanden, Reformen umzusetzen, welche zum Untergang der ‚Herrschaft der Herren‘ [władza panów] und der ihnen dienenden Ämter, [Urzedzy], der Polizei und der Armee sowie zur ‚Enteignung der Enteigner‘ [wywłaszczenia wywłaszczycieli], nämlich der Grundbesitzer und Juden, führen würden.“¹³

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die Vorstellungen einer derart interpretierten demokratischen polnischen (Volks-)Herrschaft und die Praktiken ihrer Umsetzung hin zur Republika Tarnobrzaska. Dieser Begriff war bereits im Oktober 1918 eingeführt worden und wurde sowohl von den Anhängern als auch den Widersachern der bäuerlichen Selbstermächtigung verwendet.¹⁴ Verfechter dieser regionalen Initiative werteten mit der Bezeichnung „Republik“ ihre Gestaltungsansprüche auf und versprachen sich im Kontext des demokratischen Umbruchs von 1918 Legitimation und Aufmerksamkeit für ihre Anliegen. Ihre Gegner hingegen glaubten, diesen Gestaltungswillen desavouieren zu können, gerade indem sie diese Bezeichnung aufgriffen – der Bezug auf die Provinzstadt Tarnobrzeg bewies ihnen, wie begrenzt und hinterwäldlerisch der Horizont der selbsternannten Republikgründer sei.

Dieser geringschätzig Blick von außen beeinflusst leider bis heute die Forschung zur Entstehung der Polnischen Republik. Keine wissenschaftliche Publikation bezog sich bislang auf die Republika Tarnobrzaska, um sich der Vor-

¹² Darüber, inwiefern die Lubliner Deklaration tags darauf auf die Herausforderung der Tarnobrzeger Republik reagierte oder von ihr motiviert wurde, kann nur spekuliert werden.

¹³ JERZY TOMASZEWSKI: Sprawozdanie Komisji Rządowej w sprawie rozruchów antyżydowskich na Rzeszowszczyźnie wiosną 1919 r. [Bericht der Regierungskommission in Sachen antisemitischer Ausschreitungen in der Region Rzeszów im Frühjahr 1919], in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego (1996), 4 (180), S. 59–76, hier S. 60.

¹⁴ Ebenda.

stellungswelt der ländlichen Bevölkerung am Ende des Krieges zu nähern oder etwa die Interaktion zwischen den politischen Zentren Krakau und Warschau einerseits und lokalen galizischen Amtsträgern und der Bevölkerung vor Ort andererseits zu untersuchen. Zwar veröffentlichten bereits in der Zwischenkriegszeit Zeitzeugen ihre Erinnerungen und Ansichten zur Republika Tarnobrzeg. Sie sprachen dem Unternehmen und seinen prominenten Vertretern jegliche ernsthafte Absicht ab und hielten ihnen vor, das ungebildete Volk (*ciemny lud*) mit falschen Versprechungen zur Gewalt aufgestachelt zu haben.¹⁵

In der Volksrepublik Polen entdeckte die lokale Parteiführung das Erbe der Republika für sich und versuchte, in Publikationen und öffentlichen Jubiläumsveranstaltungen die Arbeit dieser angeblich kommunistischen Bewegung zu vereinnahmen, um so eine breite und seit langer Zeit bestehende Unterstützung der Bauernschaft für das sozialistische Projekt zu behaupten.¹⁶ Hierbei halfen zum einen die Übereinstimmung von Schlagwörtern und Losungen zwischen 1918 und der Zeit nach 1948, namentlich die Forderungen nach Land, einer Bauernregierung (*chłopski rząd*) und der Benennung der Republik nach dem arbeitenden Volk (*lud pracujący*). Zum anderen betonte das kommunistische Narrativ die Tatsache, dass einer der beiden Anführer der Republika Tarnobrzaska, Tomasz Dąbal (1890–1937), in den frühen 1920er Jahren der Kommunistischen Partei beigetreten, inhaftiert worden und in die Sowjetunion emigriert war, wo er Vizevorsitzender der von ihm mitgegründeten Bauerninternationale „Krestintern“ wurde, bevor er der „großen Säuberung“ zum Opfer fiel und in Moskau hingerichtet wurde.¹⁷

Die marxistisch informierte Sozialgeschichtsschreibung der Nachkriegszeit verstand die Republika Tarnobrzaska als Ausdruck sozialer Konflikte, welche durch die an der Regierung beteiligten konservativen Bauernparteien nicht hätten gelöst werden können. Mit Ausnahme von Stankiewicz wurde dabei die antijüdische Gewalt verschwiegen oder allein als Ausdruck von Klassegegensätzen gedeutet.¹⁸ Intensiver widmeten sich der Republika Publikationen, die in erster Linie Quellen präsentierten und kommentierten. Hier überwog der Anspruch, in der Öffentlichkeit kursierende Vorstellungen von der Republika geradezurücken und den aus der Zwischenkriegszeit überlieferten, höchst abwertenden Zeitzeugenberichten Fakten entgegenzuhalten. Da mit dem zweiten An-

¹⁵ TADEUSZ SPISS: Ze wspomnień c. k. urzędnika politycznego [Aus den Erinnerungen eines k.k. politischen Beamten], Rzeszów 1936, BOLESŁAW ROJA: Legendy i fakty [Legenden und Fakten], Warszawa 1931; ZBIGNIEW LASOCKI: Wspomnienia szefa administracji P.K.L. i K.Rz. [Erinnerungen des Chefs des Liquidationsausschusses und der Regierungskommission], Kraków 1931.

¹⁶ ZDZISŁAWA TRAWIŃSKA, AUGUSTYN CIULIK: „Republika Tarnobrzaska“ w świetle faktów i dokumentów [Die „Republika Tarnobrzaska“ im Lichte von Fakten und Dokumenten], Rzeszów 1958.

¹⁷ HENRYK CIMEK: Tomasz Dąbal. 1890–1937, Rzeszów 2018.

¹⁸ WITOLD STANKIEWICZ: Konflikty społeczne na wsi polskiej. 1918–1920 [Soziale Konflikte im ländlichen Polen 1918–1920], Warszawa 1961, vgl. TOMASZEWSKI, S. 60.

führer der Republika, Eugeniusz Okoń (1881–1949), ein Priester das sozialrevolutionäre Projekt maßgeblich mitbestimmte, war eine vollständige Identifikation mit dem Bauernstaat aus sozialistischer Perspektive schwierig, andererseits konnten deren dunkle Seiten von Gewalt und Zerstörung gleichsam einem klerikalen Hetzer zugeschrieben werden. Interessanterweise gibt es seit dem Ende des Staatssozialismus keine Studie zur Republika, sie ist ebenso wie die noch extremere Gewalt im Kontext der Revolution von 1848 – dem Bauernrat von 1846 oder den „galizischen Schlachten“ – ein Desiderat der Forschung.

In Hinblick auf Vorstellungen von Demokratie als Volksherrschaft, die auf regionaler Ebene zum Ausdruck kamen, soll im vorliegenden Aufsatz die Forschungslücke zur Republika verringert werden. Zentral ist dafür zum einen die Rekonstruktion des regionalen und lokalen Traditionsbestands bäuerlicher Selbstermächtigung, die im Angesicht von Staatszerfall und Machtvakuum handlungsleitend wurden. Gleichzeitig wirkten internationale und nationale Entwicklungen auf die Handlungsmöglichkeiten ein. Hierzu gehörte die diskursive Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der radikale Gegenentwurf zu bestehenden liberalen Eigentumsrechten aus dem revolutionären Russland sowie die nationalen Ordnungsbestrebungen aus Warschau, Lublin und Krakau. Als ganz entscheidend für die Dynamik im Übergang von Kaiserreich zu nationaler Republik sollte sich die soziale und politische Verortung von Personen, die staatliche (Übergangs-)Ämter bekleideten, erweisen. Vertrauen in die neue Ordnung und deren Institutionen und Funktionsträger auf lokaler Ebene entstand erst dann, wenn sie sowohl vor Ort als auch von den sie legitimierenden übergeordneten Stellen in den Zentren anerkannt wurden. Man könnte daher sagen, dass die Republika Tarnobrzaska der Versuch war, die Hauptstädte dazu zu zwingen, jene Kräfte als Vertreter des Nationalstaats in der Provinz zu akzeptieren, welche die Interessen der bäuerlichen Unterschichten im wahrsten Sinne verkörperten.

Die von Utopien geprägte Existenz des Regionalstaats endete je nach Auffassung des Betrachters entweder im Frühjahr 1919 oder erst im Herbst 1922. Zu dem früheren Zeitpunkt beendete die Liquidationskommission mit militärischer Gewalt die Unruhen und entmachtete die lokalen Organe bzw. besetzte die staatlichen Stellen mit loyalen Kräften. Im November 1922 verloren bei den Sejmwahlen die Abgeordneten der Republika gegen die Kandidaten der nationalistischen Bauernpartei PSL Piast, und Dąbal war inhaftiert worden.¹⁹ In gewissem Sinne waren die Akteure der Republika dennoch erfolgreich, da ihnen ihre mehrmonatige Tätigkeit während des Machtvakuum eine derartige Bekanntheit und Zustimmung unter der bäuerlichen Bevölkerung verschafft hatte, dass zwei von ihnen in die verfassungsgebende Versammlung in Warschau gewählt wurden. Hierüber konnten sich politische Formationen, die von ihren lokalen Spezifika geprägt waren, sowie deren Normen in die nationale politische Kultur einbringen.

¹⁹ Die Datierung bis 1922 vertreten: TRAWIŃSKA/CIULIK, S. 5.

Im Folgenden sollen zunächst die Traditionen bäuerlicher Selbstermächtigung vorgestellt werden, auf welche die Akteure der Republika Tarnobrzaska zurückgriffen bzw. die handlungsleitend für ihre Anhänger wirkten. Anschließend werden der lokale Kontext und die Dynamik der ersten Wochen der Bauernrepublik im Herbst und Winter 1918 untersucht. Im Mittelpunkt stehen Handlungen maßgeblicher Akteure und der bäuerlichen Bevölkerung, welche den Wunsch nach einer Bauernrepublik entstehen und dann auch Realität werden ließen. Angeleitet wird die Untersuchung durch Fragen nach dem Verhältnis von spezifischen demokratischen Vorstellungen und den situativen Gegebenheiten eines sich formierenden legitimen Staatwesens, das aus den Hinterlassenschaften eines diskreditierten Staates gebildet wurde. Wem und wie eröffnete der Aufbruch Möglichkeiten der Partizipation? Welche Ideen von Demokratie und von *demos* entstanden in den Repräsentationen der Republika? Zum Abschluss skizziere ich, welche Traditionen die Republika selbst begründete und wie sie spätere Staatsbildungen im 20. Jahrhundert beeinflusste.

2 Traditionen bäuerlicher Selbstermächtigung und politischer Mitgestaltung in Westgalizien

Bartosz Głowacki, an dessen Denkmal – wie erwähnt – die Republika Tarnobrzaska proklamiert wurde, hatte 1794 unter Tadeusz Kościuszko in einem nur mit modifizierten Sensen bewaffneten Bauernverband gegen russische Einheiten gekämpft und sich durch besondere Tapferkeit ausgezeichnet. Das Denkmal in Tarnobrzeg war 1901 von einem Bürgerkomitee errichtet worden und repräsentierte das Heldentum im Kampf um die polnische Unabhängigkeit sowie die revolutionär-demokratischen Bestrebungen generell. Für die bäuerliche Bevölkerung symbolisierte Głowacki zugleich die eigene Zugehörigkeit zur polnischen Nation sowie die Bereitschaft, ihr Leben für ein freies Polen zu opfern, sollte dieses ihnen Teilhabe und persönliche Freiheit zugestehen, wie es die Anführer des Aufstands von 1794 verkündet hatten. Gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren diese Botschaften von bäuerlichem Patriotismus und nationaler Opferbereitschaft an die Gesamtgesellschaft notwendig, da die revolutionären Ereignisse von 1846 die nationale Einheit und die Zuverlässigkeit der Bauern in Frage gestellt hatten.

Im Vorfeld der europäischen Revolutionen von 1848 hatten polnische Nationalisten überwiegend in der Emigration einen erneuten militärischen Aufstand gegen die Teilungsmächte geplant, der von der Republik Krakau ausgehend im Februar 1846 auch Galizien erfasste. Mobilisiert und polarisiert durch eine massive Nüchternheitskampagne des katholischen Klerus und motiviert von überforderten österreichischen Staatsbeamten, wandten sich Tausende Bauern gegen die adligen Aufständischen, um sie von der Wiedererrichtung der Adelsrepublik abzubringen. Mit einem polnischen Staat assoziierten sie eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage wie in der Zeit vor den Teilungen, als die Bauern der Willkür ihrer Grundherren ausgesetzt gewesen waren. Galizische

Bauern plünderten und brandschatzten bis zu 2000 Gutshöfe und ermordeten tausende Vertreter des verhassten Systems der Leibeigenschaft. In der Anarchie des Winters 1846 wurden revolutionäre Bauernrepubliken ausgerufen, Furcht und Flucht der alten Autoritäten gefeiert. Der österreichische Staat konnte nur mit militärischen Strafexpeditionen den bäuerlichen Furor unterbinden. Bei Bürgerlichen und Adligen hinterließen die Ereignisse die traumatische Vorstellung vom instinktgeleiteten, dunklen Bauern, die nicht mit den Ideen von 1794 zusammenpasste.²⁰ Viele Bauern hingegen hielten die Erinnerung an 1846 als Demonstration ihrer Stärke und als Drohpotenzial gegenüber dem grundbesitzenden Adel in Form von Liedern wach, zumal sie seit der Aufhebung der Leibeigenschaft als Folge der Unruhen in unzählige Konflikte über den Zugang zu Wäldern und Wiesen in Gemeindebesitz verwickelt waren.²¹

Im Frühjahr 1872 berichteten elf Bezirkshauptmänner Zentralgaliziens dem Statthalter von Gerüchten unter der Bauernschaft, wonach der Adel die Leibeigenschaft wieder einführen wollte.²² Angeblich habe sich der Kaiser dagegen gewehrt oder sogar selbst Wiesen und Weiden unter den Bauern verteilen wollen, woraufhin von Seiten des Adels ein Mordkomplott gegen ihn geschmiedet worden sei.

Zu Ostern 1886 wurde erneut von Unruhen berichtet, als Erzählungen über ein Komplott von Priestern, Adligen und Juden gegen die Bauern kursierten und zur gewaltsamen Durchsetzung bäuerlicher Rechte auf dem Land aufriefen.²³ Auf Grundlage derartiger Gründe formierten sich galizische polnischsprachige Bauern seit 1846 immer wieder als ein Kollektiv, das in seinen Rechten verletzt werde und nur durch die Androhung oder Ausübung von Gewalt Gerechtigkeit herstellen könne. Im Sinne einer *moral economy* handelten Bauern, begleitet von Gesängen und Drohgebärden, mit Landbesitzern günstigere Bedingungen aus. Revolutionäre Stimmungen wie um 1848, die volksfromme klerikale oder nationale bürgerliche Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung sowie der vom österreichischen Staat eingerichtete parlamentarische Wahlbetrieb boten den Bauern stets aufs Neue Gelegenheit, ihre Forderungen in aktualisierter Form zu artikulieren.

Im Kontext einer massiven Politisierung der katholischen Landbevölkerung in den Reichsratswahlkämpfen durch rivalisierende, allesamt antijüdisch agi-

²⁰ Vgl. TIM BUCHEN: Kollektive Gewalt und die religiöse Politisierung von Bauern in der habsburgischen Peripherie. „Rabat“ und „antisemitische Exzesse“ in Westgalizien, 1846–1898, in: EVELINE BOUWERS (Hrsg.): Glaubenskämpfe. Katholiken und Gewalt im 19. Jahrhundert, Göttingen 2019, S. 173–196.

²¹ Zu den Gerichtsprozessen zwischen Gutsbesitzern und Bauerngemeinden siehe KAI STRUVE: Bauern und Nation in Galizien: Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 108–111.

²² ALEKSY I. MILLER: Do charakterystyki wsi powłaszczeniowej w latach siedemdziesiątych XIX wieku. Panika galicyjska 1872 roku [Zur Charakteristik des Dorfes nach der Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert. Die Galizische Panik des Jahres 1872], in: Przegląd Historyczny 79 (1988), S. 103–107, hier S. 105.

²³ PHILIP PAJAKOWSKI: Dynamics of Galician Polish Conservatism in the Late Nineteenth Century, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas NF 43 (1995), S. 19–33, hier S. 25.

tierende Volksparteien plünderten im Frühsommer 1898 über mehrere Wochen tausende Christen jüdische Geschäfte und Wohnhäuser und gerieten in blutige Konflikte mit Gendarmerie und Militär. Die Exzesse waren ebenso Folge antisemitischer Politik wie von sozioökonomischen Spannungen im Übergang von einer post-feudalen zu einer kapitalistischen Agrarwirtschaft, in der sich christliche Bauern und jüdische Dienstleister gegenüberstanden. Die Gewalttaten aus der Mitte der Bevölkerungsmehrheit belegten die Stärke und Einheit des Bauernstands und sollten den selbst empfundenen Bedeutungsverlust kompensieren. In den Unruhen kommunizierten die Täter ihre Vorstellungen einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die der Produktion von Lebensmitteln durch die Bearbeitung des Bodens einen höheren Stellenwert als Vertrieb und Handel einräumte und den Raub von Geld und Waren letztlich als gerechte Rückgabe an ihre Erzeuger erscheinen ließ.²⁴ Auch wenn die Konfrontation zwischen Christen und Juden nach der Verhängung eines militärischen Ausnahmezustands eingedämmt werden konnte, so verdeutlichte die Gewaltwelle doch die prononciert antijüdische Vergemeinschaftung der ländlichen Unterschichten und die Gefahren für die allgemeine Sicherheit, wenn sich die Bevölkerungsmehrheit nur aufgrund von Gerüchten zu kollektiven Übergriffen verabredete.²⁵ In Zeiten politischer Unsicherheiten und Umbrüche oder eines drohenden Statusverlusts waren die Bauern bereit und fähig, mittels kollektiver Gewalt ihre Vorstellungen zu artikulieren, physische und symbolische Räume zu besetzen und sich auch materiell zu bereichern.²⁶

In dieser langen Perspektive erscheint der Herbst 1918, in dem es zur Gewalt gegen Juden, Staatsvertreter und Großgrundbesitzer kam, eher als ein weiteres Kapitel denn als Epochenbruch. Gleichwohl waren die neuen und spezifischen Kontexte des Zusammenbruchs der Monarchie und des Übergangs vom Krieg zum Frieden entscheidend. Was die neuen Motive von Demokratie und Nationalstaat tatsächlich bedeuteten, wird erst verständlich, wenn man rekonstruiert, wie sie sich in das etablierte Drehbuch kollektiver Interessenvertretung und der Manifestation von Gestaltungsanspruch einfügten.

²⁴ Das Eigentum jüdischer Händler und Schankwirte wurde häufig als eine den Bauern zustehende Ressource verstanden, auf die in Notzeiten zurückgegriffen werden konnte. TIM BUCHEN: Antisemitismus in Galizien. Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900, Berlin 2012, S. 205.

²⁵ Entsprechend waren die galizischen Behörden im Jahr 1903 alarmiert, als erneut Gerüchte über eine bevorstehende „Bestrafung der Juden“ kursierten. Mittels Festnahmen und Ankündigungen von Strafen verhinderten sie den Ausbruch von Gewalt, ebenda, S. 328 ff.

²⁶ Ein beliebtes Mittel der Kommunikation des eigenen Gestaltungsanspruchs und der Besetzung von Räumen und des Ausschlusses von „Fremden“ aus öffentlichen Räumen war langanhaltendes nächtliches Lärmen vor den Wohnhäusern Betroffener – diese sog. „Katzenmusik“ war bisweilen von symbolischer und physischer Gewalt begleitet, vgl. ebenda, S. 185–190.

3 Selbstermächtigung als Mitgestaltung? Der Aufbruch von 1918 in Zentralgalizien

3.1 Das Gespenst der Russischen Revolution: Grüne Garden und wilde Landaneignung

Die Oktoberrevolution als Folge der Implosion des russländischen Staates erfasste Galizien in Gestalt Tausender ehemaliger Soldaten, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden oder desertiert waren. So berichtete die Kreishauptmannschaft Tarnów am 18. Oktober von einer sich deutlich verschlechternden Sicherheitslage in der Region, da die dünn besetzte Gendarmerie einer „riesigen Zahl nicht selten bewaffneter Deserteure machtlos [bezsilne]“ gegenüberstehe.²⁷

Für die Banden hatten sich die Bezeichnungen „Grüne Garden“, „Grüne Kader“ oder „Grüne Armeen“ etabliert, die teilweise auch als Selbstbezeichnung geführt wurden.²⁸ Der Name verwies auf die Wälder, in denen sie überwiegend operierten und sich versteckten, sowie zugleich auf die grünen Fahnen, unter denen sich die Bauernbewegung in vielen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas versammelte, und nicht zuletzt auch auf die gleichlautende Bezeichnung bäuerlicher Einheiten in den russischen Bürgerkriegen, die neben Roten und Weißen Armeen für die lokalen Interessen der Bauernschaft kämpften.²⁹ Da sich die Banden aus ehemaligen Soldaten rekrutierten, verfügten sie über militärische Erfahrungen und Waffen. Im Bezirk Rzeszów seien, so ein Bericht vom Mai 1919, bereits seit dem Frühjahr 1918 vermehrt Deserteure aufgetaucht, die sich, von der Gendarmerie gesucht, in die Wälder zurückgezogen hätten und dort unter der Bezeichnung „Grüne Garde [zielona gwardia]“ bereits „formelle Abteilungen [formalne oddziały]“ gebildet hätten.³⁰

Teilweise bestanden in diesen Regionen bereits Traditionen eines saisonalen Räuberwesens, das nun neben althergebrachter sozialrevolutionärer Rechtfertigung der „Umverteilung“ auch Versatzstücke politischer kommunistischer Legitimation aufnahm. In einem Bericht aus dem Bezirk Kolbuszowa hieß es, dass die „massenhafte Rückkehr russischer Kriegsgefangener [...] Miasmen des bolschewistischen Erregers [miazmaty zarazy bolszewickiej]“ eingeschleppt habe. Manche Bauern trügen rote Aufnäher, um ihre Zugehörigkeit

²⁷ Sprawozdanie c. k. starostwa w Tarnowie do Namiestnictwa Galicyjskiego we Lwowie na temat sytuacji w powiecie (18 października 1918) [Bericht der k.u.k. Kreishauptmannschaft in Tarnów an die Galizische Statthaltertschaft in Lemberg zum Thema der Situation im Kreis (18.10.1918)], in: PRZENIOSŁO, Narodziny, S. 134–135, hier S. 134.

²⁸ RAWSKI, S. 19, spricht von sog. „grünen Kadern“, die mit der Nachricht über den Untergang Österreichs aus ihren „Verstecken im Wald“ gekommen seien. Siehe allgemein zum Selbstverständnis der grünen Garden BENEŠ.

²⁹ ERIC LANDIS: Who Were the „Greens“? Rumor and Collective Identity in the Russian Civil War, in: The Russian Review 69 (2010), S. 30–46.

³⁰ Bericht der Sonderkommission in Angelegenheit der Unruhen im Bezirk Rzeszów im Mai 1919 vom 31.05.1919, zit. nach: TOMASZEWSKI, Sprawozdanie, S. 61.

zur bolschewistischen Bewegung zu bekunden. In den Orten Ranizów und Wola Ranizowska hätten die „Waldbanditen“ offen „rote Parolen“ verkündet und sich „formal den Bolschewiki“ zugeordnet.³¹ Viele verstünden unter dem Zusammenbruch der österreichischen Herrschaft ein Ende jeglicher Staatlichkeit, und die gewonnene Freiheit sei für sie gleichbedeutend mit der Aufteilung von gutsherrschaftlichen Wäldern und Ländereien.³² „Jeder Bauer“, so der Bericht des Beamten, habe einen „angeborenen Landhunger“, der unter dem Einfluss der herrschenden Stimmung angewachsen sei.³³

Überall in Galizien wurde die Zuteilung von Land gefordert, damit die ländlichen Bewohner sich selbst versorgen könnten. Mit eigenmächtigen Aneignungen von Wäldern und Wiesen wurde diesen Forderungen Nachdruck verliehen, während der allgegenwärtige Diskurs einer notwendigen Landreform die illegale Praxis in den Augen der Täter legitimierte.³⁴ Die Gruppen aus selbsternannten „roten Garden“ konnten insbesondere dann schnell anwachsen, wenn ihr Programm auf sofortiges und kollektives Handeln abzielte. In Kolbuszowa wirkte dieser Ansatz so überzeugend, dass sich Mitstreiter aus der lokalen Landarbeiterschaft anschlossen: „Wir gehen auf die Herren los, nehmen ihren Besitz [majątek] auseinander und verteilen ihn unter uns.“³⁵

Als Revanche für die im Krieg erlittenen Verluste an Lebensmitteln und Tieren bezeichneten einige Marodeure ihre Raubzüge nun ebenfalls als Requirierungen. Für die vielen daran beteiligten ehemaligen Soldaten war die Aneignung von benötigten Waren bloß die Fortsetzung einer über Jahre eingeübten Praxis. Zugleich verlieh sie den Plünderungen einen Hauch von Legitimität, die dabei half, zögernde Mitstreiter zu motivieren.

Das größte Chaos herrschte in der Puszcza Sandomierska, einem unzugänglichen Waldgebiet, durch das im Sommer 1915 die Front verlaufen war. Die

³¹ AAN, PRM 5226, Bl. 22.

³² Ebenda, Bl. 11.

³³ Ebenda.

³⁴ Das Versprechen einer Landreform fand sich in den Anfangsjahren der Zweiten Polnischen Republik in nahezu allen Parteiprogrammen. Siehe hierzu WIKTOR MARZEC: Landed Nation. Land Reform and Ethnic Diversity in the Interwar Polish Parliament, in: Nationalities Papers 52 (2023), S. 929–949, hier S. 929. Über das illegale Schlagen von Holz in Privatwäldern finden sich zahlreiche Berichte. Im Kreis Tarnobrzeg wurde die Menge auf 400 Fuhren geschätzt, vgl. Raport Inspektoratu Straży na Zachodnią Galicję w Krakowie dla Wydziału Wojskowego PKL o sytuacji w powiecie tarnobrzeskim (6 grudnia 1918) [Bericht des Sicherheitsinspektors für Westgalizien in Krakau für die Armeeabteilung der PKL über die Situation im Kreis Tarnobrzeg (06.12.1918)], in: PRZENIOSŁO, Narodziny, S. 157–160, hier S. 158.

³⁵ *Majątek* bedeutet sowohl „Vermögen“ als auch „Landgut“. „Bald teilen wir uns die Vermögen/Güter dieser großen Herren. Weg mit dem Adel. Es leben die Bauern!“ [Wkrótce podzielimy się majątkami tych wielkich panów. Precz ze szlachtą. Niech żyją chłopcy!]: Informacja inspektora rejonowego w Krakowie o wyniku dochodzeń w sprawie księdza Eugeniusza Okonia (26 listopada 1918) [Information des Regionsinspektors in Krakau über die Ergebnisse der Erkundungen in Sachen des Priesters Eugeniusz Okoń (26.11.1918)], in: PRZENIOSŁO, Narodziny, S. 155–157, hier S. 156.

abrückende zarische Armee hatte große Mengen an Waffen und Munition zurückgelassen, welche die ortskundige Bevölkerung eingesammelt und versteckt hatte.³⁶ Nun wurden die Waffen u. a. bei Überfällen auf Forstämter verwendet. Förster trauten sich daraufhin nicht mehr, die Wälder zu kontrollieren, und so schlugen Menschen am helllichten Tag Bau- und Brennholz in den riesigen Privatwäldern der Aristokratenfamilien Tarnowski und Dolanski.³⁷ Graf Zdzisław Tarnowski stellte eine private Garde auf, um die wilden Aneignungen zu unterbinden, was das Gewaltmonopol des Staates unterminierte und den Eindruck erweckte, dass auch die neue Ordnung vor allem adligen Interessen folge.

Übergriffe gegen Staatsbeamte ermöglichten eine als gerecht verstandene Aneignung fremden Eigentums. Häufig ging es zugleich darum, die Repräsentanten der alten, österreichisch-monarchischen Ordnung abzusetzen. In Kolbuszowa war die aus polnischsprachigen Ortskräften bestehende österreichische Gendarmerie von der lokalen Bevölkerung entwaffnet worden, da sie ein „sichtbares Zeichen der österreichischen Herrschaft“ sei.³⁸

Oft fielen Amtsträger jedoch nicht allein aufgrund ihrer Identifikation mit dem verhassten Regime bewaffneten Bauern zum Opfer. Vielmehr ergab sich nun die Möglichkeit, konkrete Individuen, die sich in den Augen der nun ermächtigten Bewohner in übermäßiger Weise bei der Requirierung von Pferden und Lebensmitteln engagiert oder einer besonders energischen Verfolgung von Deserteuren schuldig gemacht hatten, zu bestrafen.³⁹ Auch Gemeindegendarmen und Gemeindevorsteher wurden von bewaffneten Zivilisten aus ihren Ämtern entfernt, wenn sie in Ungnade gefallen waren.

Die Praxis der Selbstversorgung und Abrechnung mit den alten Eliten, die sich aus dem Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit ergab, war durchaus mit sozialpolitischen und nationalen Slogans und Vorstellungen verknüpft, wenn Zeichen der „fremden“ Monarchie entfernt und eine Umverteilung zugunsten des einfachen Volkes formuliert und vorgenommen wurde. Offensichtlich setzte das revolutionäre Handeln jedoch nicht allein normative Ideen einer „moralischen Ökonomie“ in die Tat um. Vielmehr hatten weite

³⁶ CIMEK, S. 30.

³⁷ Vgl. RAWSKI. Der Name „Tarnobrzeg“ geht auf die Magnatenfamilie Tarnowski zurück, in deren Privatbesitz sich die Stadt einst befunden hatte.

³⁸ AAN, PRM 5226, Bl. 2.

³⁹ „Alle Funktionsträger [władze] und Personen, die entweder Deserteure der ehemaligen österreichischen Armee gefasst haben oder aktiv bei Requirierungen mitgewirkt haben oder für die die Kriegsanleihen erworben haben, schließlich alle Ausbeuter [wyzyskiwacze i paskarze] sind verhasst [znienawidzeni].“ Raport Inspektoratu Straży (6 grudnia 1918) (wie Anm. 34), S. 156; ganz ähnlich, so berichtete Hauptmann Szczepański aus Wieliczka, im Kreis Bochnia: „Motiv der Unruhen: Überwiegend persönliche Gründe und Hass auf Gendarmen wegen der Verfolgung von Deserteuren“: Raport Inspektoratu Straży na Zachodnią Galicję w Krakowie dla PKL w sprawie sytuacji w powiecie bocheńskim (18 grudnia 1918) [Bericht des Sicherheitsinspektors für Westgalizien in Krakau für die PKL über die Situation im Kreis Bochnia (18.12.1918)], in: PRZENIOSŁO, Narodziny, S. 123.

Teile der Bevölkerung, insbesondere jene mit Besitz oder Funktionen im öffentlichen Leben, große Angst vor den oft willkürlichen Handlungen bewaffneter und häufig alkoholisierter Banden.

3.2 Die Formierung der politischen Ordnung auf lokaler Ebene im Angesicht der Gewalt

Hauptantrieb für eine rasche Neuorganisation staatlichen Lebens in den untersuchten Gebieten war weniger die langersehnte Möglichkeit, eine polnische Republik zu errichten, als vielmehr das Bestreben, der Gewalt und des Chaos Herr zu werden. Mit jedem Tag, den die Anarchie andauerte, war das Leben von Menschen gefährdet, wurde staatliches und privates Eigentum zerstört oder geraubt. In dem erwähnten Bericht an den Ministerrat beklagte sich der Verfasser: „Die unaufgeklärte Bevölkerung [ludność nieświadomiona] zerstört alles, was dem österreichischen Staat gehörte, und versteht nicht, dass dies nun polnisch ist.“⁴⁰

Die Transformation staatlicher Herrschaft von der österreichischen in eine polnische und von einer Monarchie in eine Republik verlief auf zwei Ebenen: der militärischen und der zivilen. Im Weltkrieg waren dem k.u.k. Militär weitreichende zusätzliche Befugnisse zur Kontrolle des öffentlichen Lebens und der Verwaltung eingeräumt worden.⁴¹ Die Aushöhlung des zivilen Staates durch das Militär hatte den Zusammenbruch der Monarchie herbeigeführt. Dennoch war die Armeeführung kaum gewillt, freiwillig auf Kompetenzen zu verzichten, zumal der bürgerkriegsähnliche Zustand nach dem Schutz von Eigentum und Leben verlangte. Zudem waren Soldaten bereits vor 1914 häufig für polizeiliche Aufgaben eingesetzt worden. Die Gendarmerie war der Landwehr, also der nur für den österreichischen Reichsteil zuständigen Rekrutenarmee, unterstellt und wurde etwa bei der Bekämpfung von Unruhen wie 1898 durch Einheiten der Landwehr unterstützt. Bereits Ende Oktober 1918 wurde die habsburgische Militärmacht – k.u.k. Einheiten, Landwehr und Gendarmerie – in eine polnische umgewandelt. Im Bezirk Tarnobrzeg verlief diese Transformation der Macht reibungslos.

Vor Ort hatte sich eine Kreiskommandantur der polnischen Streitkräfte, bestehend aus ehemaligen Offizieren der österreichisch-ungarischen Armee, gegründet. Der aus Krakau angereiste Leutnant Jan Czopek informierte diese Stelle am Abend des 28. Oktober über die Einberufung der Liquidationskommission und anschließend auch die Öffentlichkeit über das Ende der österreichischen Herrschaft.⁴² Innerhalb weniger Tage verließen österreichische Amtsträger das Kronland, die letzten am 5. November, dem Tag des eingangs zitierten „Aufrufs an die Bevölkerung“.

⁴⁰ Raport Inspektoratu Straży (6 grudnia 1918) (wie Anm. 34), S. 158.

⁴¹ Vgl. JONATHAN E. GUMZ, JOHN DEAK: How to Break a State. The Habsburg Monarchy's Internal War, in: *The American Historical Review* 122 (2017), 4, S. 1105–1136.

⁴² RAWSKI, S. 10.

Mit einem Mobilisierungsbefehl vom 31. Oktober hatte der „Kommandant der polnischen Armee in Krakau“, Brigadier Bolesław Roja, alle bisher in der k.u.k. Armee dienenden Staatsangehörigen (*obywatele*) bis zum Alter von 35 Jahren zu Angehörigen der neuen polnischen Streitkräfte erklärt. Punkt 6 legte fest, wie durch das Ersetzen des österreichischen Abzeichens durch den polnischen Adler und die Kokarde in den Nationalfarben aus der österreichisch-ungarischen eine polnische Uniform werde. Auch wurde betont, dass die gültigen Bestimmungen, Befehlsketten und Einheiten der k.u.k. Armee bestehen blieben.⁴³

Damit waren die zahlreichen Deserteure in der Region weiterhin der Verfolgung durch die Militärjustiz ausgesetzt, auch wenn am 31. Oktober in Tarnobrzeg einige Deserteure öffentlich ihre Abzeichen von der Uniform rissen, einen Gendarmen entwaffneten und so die Kontinuität militärischer Ordnung konterkarierten.⁴⁴

Die Sicherung der militärischen Bestände vor Plünderungen war ebenso eine zentrale Aufgabe wie auch die Einberufung und Bewaffnung neuen Personals zur Wiederherstellung der Ordnung selbst in entlegenen Regionen.⁴⁵ Schon bei dieser Herausforderung zeigte sich bald, dass auch das Militär kein unpolitischer Bereich war, auch wenn das österreichische Heer diese Vision als Selbstbild kultiviert hatte.⁴⁶

So übernahm im Bezirk Tarnobrzeg mit Dąbal ein Aktivist der Bauernbewegung die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit.⁴⁷ Aus politischer Überzeugung trat er bald in Konkurrenz zu den zivilen Behörden und ermöglichte dadurch erst die Entstehung der Republika Tarnobrzaska. Dąbal war der Sohn eines Bauern aus der Region, dem der soziale Aufstieg gelungen war. Er hatte in Wien Jura studiert, war 1911 der linken Bauernpartei PSL beigetreten und hatte es im Krieg bis zum Hauptmann gebracht. In den letzten Kriegsmonaten war er jedoch wegen politischer Umtriebe in Udine inhaftiert und degradiert worden. Als Kreisgendarmeriekommandeur rekrutierte und bewaffnete er junge Männer, die sich an Unruhen und Übergriffen beteiligt hatten, für die polnischen Streitkräfte. Er begründete diesen Schritt damit, die Unzufriedenen und Benachteiligten so in die neue Ordnung einbinden und sie von den

⁴³ Rozkaz mobilizacyjny Komendy Wojsk Polskich w Krakowie (31 października 1918) [Mobilisierungsbefehl der Kommandantur der polnischen Streitkräfte in Krakau (31.10.1918)], in: PRZENIOSŁO, *Narodziny*, S. 103–104.

⁴⁴ JAN SŁOMKA: *Pamiętniki włościanina* [Tagebücher eines Landwirts], Kraków 1929, S. 421 f.

⁴⁵ RAWSKI, S. 11.

⁴⁶ CHRISTOPHER M. CLARK: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013; JONATHAN E. GUMZ: *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918*, Cambridge 2014; ISTVÁN DEÁK: *Der K.(u.)K. Offizier. 1848–1918*, Wien u. a. 1995.

⁴⁷ Er wurde am 02.11. von der Kreiskommandantur der polnischen Streitkräfte zum Kreisgendarmeriekommandeur in Tarnobrzeg ernannt. RAWSKI, S. 15.

Dörfern fernhalten zu können.⁴⁸ Ganz offensichtlich stand für ihn jedoch die Überlegung im Vordergrund, mit einer ihm persönlich loyal verbundenen Truppe aus der Bauernschicht ein Gegengewicht zur zivilen, stark bürgerlich und adlig geprägten Verwaltung zu etablieren.⁴⁹

Seine Befehlsgewalt über die Gendarmerie Tarnobrzeg weitete er im Laufe des Novembers eigenmächtig auf die Kreise Nisko, Mielec und Kolbuszowa aus, wodurch die Idee der Republika Tarnobrzaska als einer territorialen Einheit weiter Gestalt annahm.⁵⁰ Legitimiert wurde diese Machtausweitung mit seiner Akklamation zum Major auf einer Versammlung am Głowacki-Denkmal in Tarnobrzeg.⁵¹ Diese wöchentlich auf dem Marktplatz abgehaltenen Zusammenkünfte der Bevölkerung aus der Region verwandelten sich unter der Regie der selbsternannten Republikgründer zu einem Organ, das sowohl die militärische als auch die zivile Herrschaft mit demokratischer Macht und Legitimation ausstattete.

3.3 Zivile Herrschaftsrepräsentation und die (Ohn-)Macht der Bauern

Bereits am 27. Oktober hatte außerhalb von Tarnobrzeg eine Versammlung von ca. 200 Personen die aktuelle militärische und politische Situation diskutiert. In Tarnobrzeg sowie in Rozwadów hatten jüdische Bürgerinnen und Bürger sowie entwaffnete Gendarmen, die in den umliegenden Kleinstädten und Dörfern überfallen und bedroht worden waren, Schutz bei den dort stationierten Armeeinheiten gesucht.⁵² Die Leitung dieser vor allem aus Vertretern des Bürgertums und des Großgrundbesitzes bestehenden Treffen übernahm der Ingenieur Jan Bochniak.⁵³ In einer für die Situation in Ostmitteleuropa 1918 typischen Manier beschloss man, als Erstes ein Komitee einzuberufen, das auf Kreisebene die Übergabe der Macht vom imperialen Zentrum Wien an die neue nationale Hauptstadt gestalten sollte. Jan Rychel, einer der wenigen anwesenden Landwirte, zweifelte jedoch die Legitimität eines von einer Honoratiorenversammlung gewählten Kreiskomitees an. Da „von uns [Bauern] zu wenige dabei“ seien, könne keine Wahl stattfinden.⁵⁴ Angesichts der Gegnerschaft zwischen landlosen Bauern sowie frustrierten Bauernsoldaten auf der einen und um ihren Besitz und ihre Sicherheit fürchtenden Adligen und Bürgern auf der anderen Seite war klar, dass eine auf diese Weise gewählte Vertretung bei der

⁴⁸ Ebenda, S. 18.

⁴⁹ SPISS, S. 174.

⁵⁰ RAWSKI, S. 17.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda, S. 51.

⁵⁴ Rychel hatte eine Woche zuvor eine ähnliche Versammlung in Rzeszów besucht. Dort hatte die starke Präsenz von Bauern und Arbeitern deutlich gemacht, dass sich diese Gesellschaftsgruppen prominent einbringen würden, ebenda, S. 9.

einfachen Landbevölkerung kein Vertrauen in die neue Ordnung wecken würde. Rychels Antrag wurde daher stattgegeben. Um jedoch die grassierende Gewalt als dringendste Herausforderung einzudämmen, einigte sich die Versammlung auf die Einberufung eines Kreiskomitees zur Selbstverteidigung (Powiatowy komitet samoobrony).⁵⁵ Dem achtköpfigen Gremium gehörten neben einem Anwalt, zwei Ärzten, dem Ingenieur Bochniak sowie einem Mönch auch der Bevollmächtigte des Grafen Tarnowski an. Mit Wojciech Wiącek und Jan Słomka waren auch zwei Bauern vertreten, die als Reichsrats-abgeordnete und Gemeindevorsteher zwar bereits politische Verantwortung übernommen hatten, jedoch weder das sozialrevolutionäre noch das national-klerikale Lager der Bauernbewegung, sondern die konservative, wohlhabende Bauernschaft repräsentierten.⁵⁶

Während die Liquidationskommission in Krakau sich darum bemüht hatte, Vertreter aller im Reichsrat repräsentierten polnischen Parteien zu beteiligen, um größtmögliche Legitimation unter der polnischen Bevölkerung zu erhalten, misslang dies im Kreis Tarnobrzeg aufgrund der sozialen Spannungen und der bedrohlichen Situation.⁵⁷ Ungeachtet dessen ernannte die PKL den Vorsitzenden des Selbstverteidigungskomitees, Bochniak, eine Woche später zum Kreiskommissar der PKL für Tarnobrzeg und damit zum höchsten lokalen Repräsentanten der neu entstehenden Zivilverwaltung. Der eingangs zitierte Aufruf ermahnte also die Bevölkerung, nur diesem Vertreter zu folgen, auch wenn er in Tarnobrzeg nicht die Unterstützung der Bauernschaft genoss. Hierdurch verlor auch die PKL in Krakau in den Augen der bäuerlichen Bevölkerung an Legitimität. Das Selbstverteidigungskomitee rief zum 6. November auf den Marktplatz von Tarnobrzeg zu einer „nationalen Versammlung“ (*wiecz narodowy*) auf und lud die Bevölkerung des ganzen Kreises ein, vermutlich um sich der bislang fehlenden Anerkennung in der breiten Bevölkerung zu versichern.

3.4 Der Marktplatz als Polis, ein Denkmal als Kanzel: Bauernversammlungen in Tarnobrzeg

Da die Bauernschaft bei der Einberufung des Komitees, wie erwähnt, unterrepräsentiert gewesen war, bemühte sich die Bauernbewegung für den 6. November um eine starke Präsenz und eigene Akzentsetzung und lud explizit Bauern dazu ein, sich am Denkmal zu versammeln. Da es Mittwoch und somit ein Markttag war, hielten sich ohnehin viele Bauern in der Stadt auf. Ein

⁵⁵ TRAWIŃSKA/CIULIK, S. 17.

⁵⁶ Zu den Strömungen und Flügeln innerhalb der galizischen polnischen Bauernparteien siehe KAI STRUVE: Bauern und Nation in Ostmitteleuropa. Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert, in: ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN, JÖRN LEONHARD (Hrsg.): Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, S. 347–371.

⁵⁷ MAREK PRZENIOSŁO: Polska Komisja Likwidacyjna 1918–1919 [Der Polnische Liquidationsausschuss 1918–1919, Kielce 2010, S. 17–19.

von Dąbal und Okoń angeführter Fackelmarsch von der Gendarmerie-Kommandantur zum Denkmal sollte die staatliche Macht symbolisch mit dem Volk verbinden. Unter den Rednern der Bauernbewegung, die sich vom Sockel des Denkmals aus an die versammelte Menge wandten, trat insbesondere der Priester Okoń in Erscheinung, der neben dem Offizier Dąbal zur zweiten prominenten Führungsfigur der Republika werden sollte.

Auch Okoń entstammte einer Bauernfamilie. Sein Denken war geprägt von einem der Pioniere der galizischen Bauernbewegung, dem charismatischen Priester Stanisław Stojałowski (1848–1911), dessen antisemitische Agitation entscheidend zur Polarisierung der Bauern im Kontext der Ausschreitungen von 1898 beigetragen hatte.⁵⁸ Nachdem Okoń sich wie sein Vorbild nach 1900 der Nationaldemokratie angenähert hatte, wandte er sich im Weltkrieg wieder stärker nach links und der Bauernbewegung zu. Ähnlich wie Stojałowski, inszenierte sich der kräftig gebaute und wortgewaltige Prediger als Volkstribun, der die Rechte der Bauern gegen den Machtmissbrauch von Episkopat, Staat, Adel und jüdischen Händlern verteidigen werde.⁵⁹

Ein erster wichtiger Grundstein der Republika Tarnobrzaska war die Ernennung eines 17-köpfigen Bauernkreiskomitees (Powiatowy komitet chłopski), das gleichsam als Alternative und in Opposition zum Selbstverteidigungskomitee gedacht war und die höchste Macht im Kreis darstellen sollte. Beschlossen und anschließend publiziert wurde ein 14 Punkte umfassendes Maßnahmenpaket.⁶⁰ Punkt 1 stellte das Ende der österreichischen Herrschaft fest, entzog in einem symbolischen Akt den adligen Reichsratsabgeordneten Zygmunt Lasocki und Zdzisław Tarnowski deren Mandate, um sie Okoń, Walery Wryka und Adam Zieliński zu übertragen.⁶¹ Hierin zeigte sich das große symbolische Kapital des Reichsratsmandats, das auch dann noch von Wert war, wenn man das zugehörige Reich für beendet erklärt hatte.

Punkt 2 postulierte das Ende jeglicher adliger Ämter und Führungspositionen. Sämtliche Gemeinderäte, Gemeindeschreiber und Gemeindevorsteher wurden für abgesetzt erklärt und Neuwahlen angekündigt.⁶² Dem Selbstverteidigungskomitee wurde das Recht abgesprochen, als stellvertretende Führung im Kreis zu fungieren, und gefordert, dass Polen eine Republik werden müsse, an deren Spitze ein Präsident zu stehen habe.⁶³ Die Macht im Kreis sollte vom

⁵⁸ TIM BUCHEN: Herrschaft in der Krise – der „Demagoge in der Soutane“ fordert die „galizischen Allerheiligen“, in: JÖRG BABEROWSKI, DAVID FEEST u. a. (Hrsg.): Imperiale Herrschaft in der Provinz. Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich, Frankfurt am Main – New York 2008, S. 331–355.

⁵⁹ Zu Okoń gibt es keine neuere Biografie, vgl. TADEUSZ REK: Książdz Eugeniusz Okoń [Der Priester Eugeniusz Okoń], Warszawa 1962.

⁶⁰ Naprzód vom 10.11.1918.

⁶¹ RAWSKI, S. 23.

⁶² Ebenda.

⁶³ Dieser Punkt bezog sich offenbar auf den „Regentenrat“, den die Mittelmächte infolge der Ausrufung des Königreichs Polen eingerichtet hatten.

„gesamten Volk als ein Ganzes [cały lud jako ogół]“ ausgeübt werden. Umgesetzt werden sollte dies durch „seine Vertreter in der Kreisversammlung [po-przez swoich przedstawicieli w zjeździe powiatowym]“, zu der die Gemeinden ihre Delegierten entsendeten, wobei 1 Delegierter auf 1000 Einwohner entfalle. Die Betonung „seiner Vertreter“ unterstrich den Vorwurf, dass die bisherigen Organe gerade nicht das „ganze Volk“, sondern partikulare Interessen repräsentiert hätten. Die Definition der Stimmengerechtigkeit und regelmäßigen Entsendung verdeutlichte den basisdemokratischen Anspruch gegenüber der elitären Versammlung des Kreiskomitees, in dem bürgerliche und adlige Kreise weit überrepräsentiert waren. Auch die bisherige Praxis der Ernennung der Gemeindevorsteher und Gemeindeschreiber sollte durch Wahlen demokratisiert werden.⁶⁴

Die Idee regulärer Delegationen aus den Gemeinden wurde nicht umgesetzt, das Prinzip der Kreisversammlung hingegen schon, indem sich in den kommenden Monaten jeweils am Markttag, dem Mittwoch, zahlreiche Bauern um das Denkmal versammelten. Dąbal, Okoń und weitere sozialrevolutionäre Politiker ermunterten in ihren Ansprachen die Bauern zur Ergreifung der Macht und Wahrnehmung ihrer Rechte und stießen damit bei ihren Zuhörern auf einhellige Zustimmung. Gefällte Beschlüsse wie die „Pflichtenteignung deutscher Güter ohne Entschädigung“ und deren „Verteilung unter Bauern“ konnten vor dem Hintergrund der wilden Aneignungen und grassierenden Gewalt als Aufforderung verstanden werden, die bisherige Praxis auszuweiten.⁶⁵ Zugleich erhöhten sie den Druck auf die Regierung, die versprochene Landreform rasch und großzügig anzugehen, da andernfalls für die auskömmliche Beschäftigung ehemaliger Soldaten und die Ernährung der Bevölkerung Land enteignet und die Agrarflächen eigenmächtig bestellt und genutzt werden würden.

Die Annahme formeller Beschlüsse und die Bestellung von Komitees demonstrierten zugleich den Anspruch, die politische Wirklichkeit der entstehenden polnischen Republik mitzugestalten. Diese Wirklichkeit entfaltete sich maßgeblich über Sprechakte und Deklarationen von Körperschaften und Ordnungen, deren Wirksamkeit sich erst noch beweisen musste. Die Repräsentation des politischen Willens der Bauernschaft funktionierte auf der lokalen Ebene eindrucksvoll und direkt durch wöchentliche, quasi parlamentarische Zusammenkünfte.

Dabei knüpfte die regelmäßige Versammlung (*wiec*) am Bauerndenkmal in Tarnobrzeg schon begrifflich an tradierte bäuerliche Interessenvertretungs- und Kommunikationspraktiken aus der Zeit der Leibeigenschaft an und war in der Habsburgermonarchie durch Stojałowski als zentrale Vergemeinschaftungsform der Bauernbewegung für die politische Meinungsbildung und Mobilisierung aktualisiert worden.⁶⁶ Im Kontext der Unruhen und des Machtvakuum

⁶⁴ Punkt 7 des Beschlusses vom 06.11.1918, siehe RAWSKI, S. 24.

⁶⁵ Unter „deutschen Gütern“ wurde der Grundbesitz deutschsprachiger Eigentümer verstanden, u. a. auch der Familie Habsburg.

⁶⁶ BUCHEN, Herrschaft in der Krise, S. 339.

von 1918 erhielten die Versammlungen eine neue Funktion. Sie demonstrierten den politischen Gestaltungswillen der Bauern und artikulierten zentrale Bedürfnisse – allen voran eine materielle Besserstellung der einfachen Bevölkerung und deren symbolische Aufwertung zum staatstragenden Volk in einer neuen Republik. Als Motto der Versammlung vom 6. November wurde „Macht für das Volk – Land für Bauern [władza dla ludu – ziemia dla chłopów]“ ausgegeben.

Ein zentrales Moment der Reden war die Delegitimation der PKL, die Verunglimpfung ihrer lokalen Repräsentanten als Ausbeuter der Bauern und die Ermächtigung der verarmten Landbevölkerung, die neue Ordnung auszugestalten. Vor allem Okoń denunzierte die PKL als Instrument der „Grafen und Juden“ zur Unterdrückung des *lud*. Er rief explizit zur „Abrechnung“ für erlittenes Leid und erduldeten Ehrverlust auf:

„Endlich dämmert der Tag der Befreiung, der Freiheit und der Abrechnung [rozrachunek] [...] für deine Ausbeutung, polnischer Bauer, der du, obwohl Blut, Kraft und Hirn dieses Landes, erniedrigt worden bist. [...] Über dir wird nicht länger der bourgeoise Herrscher [władza burzuj], der fremde Offizier stehen. Von nun an sollen dir jene dienen, die sich bequem abseits der Front ausgeruht und an dir verdient haben. Du hast diese Erde verteidigt, also hast du auf sie ein Anrecht. [...] Diese Erde, die du verteidigt hast, soll dich jetzt ernähren. [...] Du, Bauer, und du, Arbeiter, ihr könnt jetzt aufatmen, denn ab jetzt werden sich deine Unterdrücker vor dir verneigen, werden vor dir zittern. [...] Dieser Bauer Bartosz Głowacki, der auf euch schaut und durch mich zu euch spricht, dass ab heute du, Bauer, und du Arbeiter, Herr dieser Erde bist. [...] Weg mit den Parasiten, die nicht pflügen, nicht säen und aus dem einzigen Stück Leder der Bauern sich Schuhe nähen lassen“⁶⁷.

Ähnlich wie nach der Februarrevolution von 1917 bestand auf dem Gebiet der Republika Tarnobrzaska eine Machtkonkurrenz. Was in Sankt Petersburg die Sowjets gewesen waren, war hier das Bauernkomitee, das sich auf die Lubliner Regierung berief; was dort die Provisorische Regierung gewesen war, bezeichnete sich hier als Selbstverteidigungskomitee und genoss die Unterstützung der Liquidationskommission in Krakau. Beide Seiten gingen davon aus, im Laufe der Zeit den Machtkampf zu gewinnen.⁶⁸

Zu einer weiteren Eskalation zwischen Selbstverteidigungs- und Bauernkomitee und den Akteuren der Bauernbewegung, die sich von dem Machtwechsel einen weitreichenden sozio-ökonomischen Wandel versprochen, kam es während der zweiten Versammlung am Głowacki-Denkmal am 13. November. Angesichts des zu erwartenden großen Andrangs positionierten das Selbstverteidigungskomitee und der militärische Führer des Kreises, Major Karol Pawlas, ca. 100 bewaffnete Kräfte abseits des Marktplatzes.⁶⁹

Dąbal und Okoń berichteten von zwei Reisen, die das Bauernkomitee mit dem Mandat der ersten Versammlung unternommen hatte. In Krakau habe man

⁶⁷ TRAWIŃSKA/CIULIK, S. 20.

⁶⁸ So schildert es: REK, S. 63.

⁶⁹ RAWSKI, S. 31.

vergeblich versucht, von der PKL als legitime Vertretung des Kreises Tarnobrzeg an Stelle des Vorsitzenden des Selbstverteidigungskomitees akzeptiert zu werden. Die PKL sei so abermals als „Herrschaft der Adligen“ [władza panów] enttarnt.⁷⁰

Okoń trug mit seiner Rede weiter zur Eskalation bei, indem er rhetorische Elemente religiöser Predigten einfließen ließ, welche die Legitimität der herrschenden Besitzverhältnisse in Frage stellten und zu ihrer Überwindung aufriefen. „Ihr braucht Kleidung? Suchet, und ihr werdet finden! Euch fehlt Zucker? Suchet, und ihr werdet finden!“⁷¹ Schließlich rief er den versammelten Bauern zu, dass ihnen „dies alles gehöre“, und deutete über den mit Ständen besetzten und von Geschäften gesäumten Marktplatz.⁷² Wie auch in seiner Rede vom 6. November bezüglich des Pflügens und Säens als Quellen des Wohlstands knüpften diese Aussagen an weit verbreitete Vorstellungen an, wonach letztlich die Erzeuger von Lebensmitteln die legitimen Eigentümer der daraus gewonnenen Güter und ihres Geldwertes seien, wohingegen deren Händler unrechtmäßig Gewinn generierten.⁷³ Wie bei den Plünderungen von 1898 dienten auch 1918 diese Ideen und ihre ständige Wiederholung dazu, die Hemmungen zu überwinden, die Menschen davon abhielten, sich fremden Besitz auf andere Weise als mit Geld oder Handel anzueignen.⁷⁴ Auch jetzt, am 13. November, nutzten einige Bauern die Worte des Priesters und gewählten Mitglieds des Bauernkomitees als Legitimation und situative Mobilisierung, um jüdische Stände und Geschäfte zu überfallen und zu plündern. Die Aufforderung der geistlichen Autorität, benötigte Lebensmittel „zu suchen“, und die Versicherung, dass eigentlich „alles ihnen“ gehöre, ermunterte selbst die bis dahin Unentschlossenen, sich ihnen anzuschließen. Hierbei schlugen sie auch mit Stöcken auf jene Händler ein, die ihr Eigentum zu verteidigen versuchten.⁷⁵ Die Gewalttäter waren vor allem als *Lasowiacy* (Waldmenschen) bezeichnete Bewohner der walddreichen Gemeinden in der Puszca Sandomierska, die den örtlichen Händlern nicht persönlich bekannt waren.⁷⁶

⁷⁰ Ebenda, S. 31.

⁷¹ Informacja inspektora rejonowego w Krakowie (wie Anm. 35), S. 156.

⁷² Okoń war nicht der einzige Priester, der im November 1918 predigte, es sei keine Sünde, wenn man den Juden etwas wegnehme. Überliefert sind mehrere öffentliche Aussagen des Priesters Franciszek Strzepek aus Niebylec, siehe das Protokoll vom 14.05.1919 aus der Starostei Strzyżów, in: AAN, PRM 5226, Bl. 106. Die außerordentliche Kommission des Ministerrats empfahl daraufhin, neben Strzepek auch den Gemeindepfarrer aus Luteza, Bolek, zu versetzen, um die antijüdischen Aufstachelungen zu beenden.

⁷³ Siehe hierzu BUCHEN, Antisemitismus in Galizien, S. 133 ff.

⁷⁴ Ebenda, S. 194–199.

⁷⁵ RAWSKI, S. 31.

⁷⁶ Zu diesen Waldgebieten wurden folgende Gemeinden gezählt: Grebów, Krawce, Chmielów, Turka und Tarnowska Wola, vgl. Raport Inspektoratu Straży (6 grudnia 1918) (wie Anm. 34), S. 158.

3.5 Repräsentative Demokratie zur Externalisierung von Verantwortung

Der revolutionäre Kontext von 1918 erleichterte dieses Vorgehen aus zwei Gründen.⁷⁷ Erstens war die Legitimität und Handlungsfähigkeit staatlicher Macht nach der Abdankung des Kaisers und der offenen Konkurrenz zwischen bäuerlichen und bürgerlich-adligen Kräften, also zwischen Gendarmerie und Bauernkomitee einerseits und Militär und Selbstverteidigungskomitee andererseits, eingeschränkt. Zweitens sahen sich die Bauern im Zeitalter demokratischer Selbstbestimmung autorisiert, als die wahren Vertreter des Volkes diejenigen zu bestimmen, die sich die Emanzipation des *lud* auf die Fahnen schrieben. Viele der in Tarnobrzeg versammelten Bauern unterstützten die kollektive Autorisierung von Okoń und Dąbal zu legitimen Mandatsträgern, um sie für eigene, sehr konkrete Interessen zu nutzen. Während Dąbal in seinen Reden vor allem die Autorität der lokalen PKL-Macht in Frage stellte und seine Anhänger damit von der Pflicht befreite, deren Anweisungen zu folgen, verneinte Okoń die Rechtmäßigkeit der bestehenden Eigentumsverhältnisse und ermunterte zum Raub dringend benötigter Lebensmittel. Hierzu nutzte er sowohl das politische Mandat des Bauernkomitees, dessen Mitglied er war, als auch die religiöse Legitimation als Priester, indem er mit neutestamentarischer Rhetorik zum Raub anstachelte. Die von ihm derart angespornte Bevölkerung stärkte ihn im Gegenzug als Vertreter der radikalen Kräfte, denen man im Nachhinein die Verantwortung für kriminelles Handeln zuweisen konnte, da sie es kraft ihrer Autorität erlaubt hätten. Dieses Phänomen war schon während der Plünderungen und Zerstörungen von 1898 zu beobachten gewesen. Im Zusammenspiel von Okoń und den Menschenmassen in Tarnobrzeg und bei anderen bäuerlichen Versammlungen wurde es erneut sichtbar.

Im Unterschied zur Gewaltwelle von 1898, als die österreichische Staatsmacht noch gefestigt gewesen war, blieben 1918 entschlossene Interventionen seitens der Staatsmacht aus.⁷⁸ Am 13. November weigerte sich in Tarnobrzeg Major Pawlas, die Plünderungen mit Waffengewalt unterbinden zu lassen. Er wollte vermeiden, dass die Situation ähnlich wie auf dem Marktplatz von Rozwadów am Vortag eskalierte, als mehrere Plünderer erschossen worden waren. In einem Telefonat mit seinen Vorgesetzten in Krakau reichte er vielmehr seine Demission ein und empfahl Tomasz Dąbal als seinen Nachfolger. Dieser sei aufgrund seines Rückhalts in der bäuerlichen Bevölkerung als einziger in der Lage, die Unruhen zu beenden. Roja ernannte daraufhin Dąbal tatsächlich sofort zum Kreiskommandeur von Tarnobrzeg und erfüllte somit eine Forderung der dortigen Versammlung. Ein Sprechakt war Wirklichkeit geworden, und die politische Willensbekundung vom Bauerndenkmal war von der alten Königs-

⁷⁷ Zum größeren Kontext der revolutionären, bürgerkriegsähnlichen Situation in der jungen polnischen Republik siehe BÖHLER.

⁷⁸ Siehe hierzu HAGEN sowie BÖHLER.

stadt Krakau aus anerkannt worden.⁷⁹ Nur durch die Aufwertung eines Repräsentanten der Volksrepublik und des basisdemokratischen Moments der Bauernversammlung glaubte die machtlose Zentrale in Krakau, die anarchische Situation beruhigen zu können.

Womöglich steckte hinter der Ernennung auch das Kalkül, Dąbal und das Bauernkomitee könnten sich in den Augen der Bevölkerung desavouieren, wenn es ihnen nicht gelänge, die Banden von außerhalb zu bändigen. Tatsächlich war Dąbal nicht in der Lage, auf die Plünderer einzuwirken. Er vermochte sein Ansehen in der Bevölkerung allein dadurch zu steigern, dass er Kartoffelbestände, die für eine Einheit in Deblin bestimmt waren, unter der Bevölkerung verteilen ließ.⁸⁰ Seine Doppelfunktion als Politiker der Bauernbewegung, der darum bemüht war, den entstehenden Staat auf eine neue Gesellschaftsordnung zu gründen, und als Offizier, der für Sicherheit und Ordnung zu sorgen hatte, die vor allem von verarmten Bauern und desertierten Soldaten bedroht wurden, erwiesen sich als miteinander unvereinbar.

Die Nominierung Dąbals zum Militärkommandeur im Kreis veranlasste den Vorsitzenden des Kreiskomitees der PKL, Bochniak, zum Rücktritt, da eine Zusammenarbeit mit dem radikalen Bauernführer unmöglich sei. Zu seinem Nachfolger wurde Benedykt Łącki ernannt, ein Vertreter des nationalistischen Bauernlagers, der auf dem Marktplatz verkündete, dass „das Volk regieren“ solle, seine Aufgabe als Beamter hingegen darin bestehe, „dem Volk zuzuhören und seine Empfehlungen umzusetzen“. Mit diesem Amtsverständnis erhielt er Okońs Zustimmung und am 20. November vor dem Głowacki-Denkmal die öffentliche Unterstützung.⁸¹ Es schien, als habe sich die Position der Republika Tarnobrzaska als Republik für das einfache Volk auf ziviler und militärischer Ebene durchgesetzt, zumal Łącki öffentlich das am 6. November bestellte Bauernkomitee anerkannte.

Neue Konkurrenz aus dem Militär erhielt Dąbal jedoch bereits auf der nächsten Versammlung am 27. November. Sein Nachfolger auf dem Posten des Kreisgendarmierikommandanten, Rittmeister Stanisław Borowiec, und weitere Offiziere der ehemaligen Landeswehr verweigerten sich seinen Befehlen. Sie verwiesen auf eine Anordnung von übergeordneter Stelle aus Krakau, wonach nun Dąbals Stellvertreter die Befehlsgewalt ausübe. Hintergrund waren Untersuchungen gegen Dąbal, dem vorgeworfen wurde, Bauern zu agitieren und damit die grassierenden Unruhen weiter anzuheizen, anstatt sie zu bekämpfen. Auch wenn er öffentlich die Ausschreitungen in Rozwadów und Tarnobrzeg verurteilt hatte, konnte er als Politiker nicht verhindern, dass Teile der

⁷⁹ Ein Aktenvermerk der Kommandantur der polnischen Streitkräfte betonte, dass die Aberufung Pawlas erst durch die Anordnung Rojas wirksam geworden sei, da „schließlich noch kein Bolschewismus herrsche“, in: Archiwum Państwowe w Rzeszowie (APR) [Staatsarchiv in Rzeszów], 1246/12845, S.10.

⁸⁰ RAWSKI, S. 34.

⁸¹ Vgl. LASOCKI, S. 32.

Bauernschaft seine Rhetorik der Umverteilung als Aufforderung zu Plünderungen verstanden.⁸²

Sein Vorbild Stojalowski hatte es noch perfekt verstanden, Bauern in öffentliche und politische Räume einzuführen und sie zu radikalen, religiös-politischen Forderungen zu bewegen, um dann einerseits die Verantwortung für Übergriffe abzustreiten und sich andererseits als der Einzige darzustellen, der die angestachelten Bauern im Zaum halten könne.⁸³ Was Dąbal in seiner Rolle als Volkstribun und Abgeordneter gelungen war, missglückte ihm jedoch als Ordnungshüter und Populist: Er hätte beweisen müssen, auch die gewalttätige Landbevölkerung tatsächlich erreichen und einhegen zu können, woran diese jedoch kein Interesse zeigte. Angesichts der Befehlsverweigerung und faktischen Entmachtung am 27. November verlies Dąbal die Kommandantur, um sich von nun an vollends auf die Rolle des Politikers zu beschränken und das Militär als Handlager des Klassenfeinds zu stigmatisieren. Seine kommissarische Nachfolge trat Borowiec an, der damit die Befehlsgewalt über Gendarmerie und Militär in seiner Person vereinte.

3.6 Die zweite Phase der Republika: Ausnahmezustand und nationaler Wahlkampf

Am 1. Dezember verhängte die Militärführung in Krakau aufgrund der anhaltenden Plünderungen über ganz Galizien den Ausnahmezustand.⁸⁴ Drei Tage später, in der fünften Woche der Republika, hatte Borowiec auf dem Marktplatz bereits 250 Soldaten zusammengezogen. Dąbal, in Mantel und Mütze aus Schafsfell gekleidet, wettete gegen die versammelten Ordnungskräfte:

„Seht euch, Bauern, diese hündischen Grafensoldaten an! Sie gehen nicht zum Einsatz Lembergs, sondern passen hier auf uns auf, damit den feinen Herren nichts passiert. Entwaffnet sie!“⁸⁵

Daraufhin bewegte sich ein Teil der versammelten Menge auf die bewaffneten Mannschaften zu und stachelten sich mit Zurufen an: „Weiber [baby] nach vorn, auf Weiber schießen sie nicht!“ und „Schmeißt Ziegel!“. Mit Steinen beworfen und an die Häuserfront des Marktplatzes gedrängt, befahl Borowiec, die Menge mit aufgefplanten Bajonetten zu zerstreuen. Vor allem Frauen wurden verletzt, die von hinten in Richtung der mit Gewehrkolben prügelnden Soldaten gedrängt wurden.⁸⁶

Zum ersten Mal wurde so die Versammlung am Denkmal, dem Kristallisationspunkt der Republika, gewaltsam aufgelöst. Mithilfe des Ausnahmezustands versuchte das aus Krakau verstärkte Militär nicht nur, die Region zu

⁸² RAWSKI, S. 31.

⁸³ BUCHEN, Herrschaft in der Krise, S. 342–346.

⁸⁴ Vgl. RAWSKI, S. 44.

⁸⁵ Ebenda, S. 45.

⁸⁶ Vgl. ebenda.

befrieden, sondern auch, eine wichtige Ursache des staatlichen Kontrollverlusts – den verbreiteten Besitz von Schusswaffen – zu bekämpfen. Die Entwaffnung von Ordnungskräften, die im Herbst zu einem Symbol für die Entmachtung des österreichischen Staates und die Ermächtigung des Volkes geworden war, sowie weitere Waffenfunde aus Militärbesitz ließen das Gewaltmonopol des Staates erodieren. Schusswaffen waren effektive Hilfsmittel für Plünderungen und die Aneignung von Rohstoffen. Sie waren zugleich oft die einzige Möglichkeit, sich vor genau diesen Übergriffen zu schützen angesichts des Fehlens oder, wie im Falle Tarnobrzegs, der Dysfunktionalität des Sicherheitsapparats.

Die „Pazifizierungsaktionen“ des Militärs ab Dezember zeitigten nur mäßigen Erfolg bei der Sicherstellung von Waffen. Die Bevölkerung verstand sie weniger als Maßnahme, die tatsächlich Sicherheit herstellte, sondern vielmehr als erneute Drangsalierung wie zu Zeiten des Krieges. Überfälle und Plünderungen vermochte sie nur dort zu unterdrücken, wo Militär stationiert war, wogegen sich jedoch stets Widerstand regte und mit Entwaffnung der Soldaten gedroht wurde.⁸⁷ Wo Pächter oder Besitzer von Ländereien Juden waren, reichten Agitatoren ihre Propaganda mit antisemitischen Schlagworten an und verknüpften die revolutionäre Rhetorik mit etablierten Motiven antijüdischer Politik aus dem späten 19. Jahrhundert. Juden wurden explizit als solche markiert und in Opposition zu den Bauern gesetzt. Neben der Aneignung ihres Besitzes sollten Boykottmaßnahmen die weitere angebliche Bereicherung von Juden unterbinden.⁸⁸ Wie schon bei den Ausschreitungen von 1898 machten Gerüchte die Runde, wonach das „Schlagen von Juden“ für drei Tage von höchster Stelle erlaubt worden sei. Hatte sich diese Lüge im Jahr seines 50-jährigen Kronjubiläums noch auf Kaiser Franz Joseph bezogen, so wurde nun der „Marschall“ Piłsudski als Bauernfreund und Judengegner imaginiert, dem damit zugleich die Verantwortung für die Gewalt zugeschoben wurde.⁸⁹ Erst im Mai 1919 kehrte nach einer abermaligen Eskalation der Ausschreitungen vor allem gegen jüdische Bürger Ruhe ein.

Unter den Bedingungen des Ausnahmezustands veränderte sich der Charakter der Republika Tarnobrzaska. Sie entstand nun nicht mehr situativ am Bauerndenkmal, wenn Beschlüsse gefasst und die Befugnisse des Bauernkomitees erweitert wurden, sondern vielmehr in unzähligen, oft kleinen Wahlkampfveranstaltungen im Vorfeld der Wahlen zur Konstituante am 26. Januar 1919. Jene Kreise, in denen Menschen die Ideen der Bauernrepublik teilten, bildeten gemeinsam den 44. Wahlkreis, aus dem sechs Abgeordnete nach Warschau entsendet werden sollten. Die Vorstellung der Republika verfestigte sich

⁸⁷ Bericht der Gendarmerie an die PKL über die politische Situation und Sicherheit in Westgalizien, 18.01.1919, in: PRZENIOSŁO, *Narodziny*, S. 136.

⁸⁸ „Im Bezirk [Kolbuszowa] war eine Agitation zu vermerken, die zur gewaltsamen Aneignung des Grundbesitzes von Juden durch Bauern aufforderte. [...] Zugleich soll ein Beschluss zum Boykott von Juden gefordert worden sein“, in: AAN, PRM 5226, Bl. 18 f.

⁸⁹ Ebenda, Bl. 16.

hierdurch insofern, als ihre Anhänger sich bemühten, alle Vertreter des Bauernkomitees als die Repräsentanten ihrer Region zu entsenden.

Plakate, die zu Wahlveranstaltungen einluden, ahmten in ihrem atemlosen Duktus mündliche Kommunikationsmuster nach und reproduzierten Vorstellungen einer bäuerlichen Gemeinschaft. So versuchten die Bauernpolitiker, viele kleine Tarnobrzeger Marktplätze situativ zu inszenieren. Wie seit 1846 üblich, sollte die Demonstration von Einigkeit und zahlenmäßiger Übermacht der Bauern das entscheidende Argument sein, die Kontrahenten aus dem Adel zum Einlenken zu bewegen. Demokratie war hier die Aufführung einer Mehrheit und ihrer Bedürfnisse. In einem Aushang vom Dezember 1918 im Kreis Nizany hieß es:

„Brüder Bauern, in ganz Polen sind die adligen Regierungen schon gefallen, und im Bezirk Tarnobrzeg wurden neue Vorsteher gewählt, neue Räte, ein neuer Bauerngemeinderat und der Kreis wird von Bauern regiert und die polnische Regierung hat das anerkannt und alles ist gut. Schafft auch bei euch Ordnung, macht in jeder Gemeinde eine Versammlung, wählt neue Vorsteher durch das Rausschmeißen der Grafen und wir kommen zu euch am 1. Januar um zwei Uhr nachmittags, es gibt eine große Versammlung. Weg mit dem jüdischen Grafen Lasocki und seinen Speichelleckern. Es sollen alle Bauern mit ihren Wagen, mit dem Zug oder zu Fuß aus dem ganzen Kreis aus jeder Gemeinde zu dieser Versammlung kommen. Wenn die Herren so viele Bauern sehen, wie stark wir sind, dann lassen sie uns in Ruhe, zeigen wir es diesen Grafen, die eine neue Leibeigenschaft einführen wollen [...] Es lebe Volkspolen, die Arbeiter-Bauernregierung in Warschau, der Bauernsejm und unser geliebter Führer Piłsudski.

Eure Landsmänner und Verteidiger Eugeniusz Okoń, die Bauern Tomas Dąbal und Wojciech Marchut, das Bauernkomitee des Wahlbezirks 44 im Dezember 1918.“⁹⁰

Dąbal und Okoń, die beide zwischenzeitlich polizeilich gesucht wurden, tourten durch den Wahlkreis und verbreiteten die Parolen und das Narrativ der bäuerlichen Selbstregierung in den Dörfern und Kleinstädten. In einem Bericht an die Liquidationskommission eine Woche nach Verhängung des Ausnahmezustands hieß es, dass der Kreis insgesamt nicht von „breiter Agitation“ erfasst sei, lediglich Okoń „hie und da mit wechselndem Erfolg mit seinem radikalen Programm (Agrarfrage, Vorrang der Bauernklasse gegenüber dem Adel)“ agitierte.⁹¹ In der Wahl des Ziels, wenn auch nicht der Mittel, konnten die bäuerlichen Aktivisten sich im Einklang mit der Politik auf nationaler Ebene wähen.

⁹⁰ Odezwa Chłopskiego Komitetu Wyborczego skierowana do włościan powiatu nizańskiego (grudzień 1918) [An die Bauern des Kreises Nizany gerichteter Aufruf des Bäuerlichen Wahlkomitees (Dezember 1918)], in: PRZENIOSŁO, Narodziny, S. 144–145, hier S. 145.

⁹¹ Sprawozdanie Augusta Kossowskiego dla PKL z pobytu w powiecie kolbuszowskim (7 grudnia 1918) [Bericht August Kossowskis an die PKL (07.12.1918)], in: PRZENIOSŁO, Narodziny, S. 141–144, hier S. 141.

Der führende Bauernpolitiker Wincenty Witos, ein Landwirt aus Galizien und Mitglied der Lubliner Übergangsregierung, später Minister im regulären Kabinett, hatte die Unerlässlichkeit einer Landreform mehrfach betont. Diese müsse jedoch „von Staatsorganen auf legislativem Wege organisiert und durchgeführt werden, nicht auf gewaltsame Weise [w sposób gwałtowny] durch eigenmächtige Aufteilung des Großgrundbesitzes [samowolny podział wick-szych posiadłości]“.⁹²

Nach Aussage des ehemaligen k.u.k. Beamten Spiss waren das Versprechen einer kostenlosen Landzuteilung nach der Parzellierung großer Ländereien, direkte Aufrufe zur Aneignung von Land und deren religiöse Legitimation Leit motive Okoń'scher Rhetorik.⁹³ Gerade diese Aufrufe zu Straftaten brachten ihn schließlich vor das Kreisgericht Rzeszów und in Untersuchungshaft. Seine Wahl in die Konstituante als einer von sechs Abgeordneten des 44. Wahlkreises verhalf ihm jedoch zur Freiheit. Okoń war neun Jahre lang Fraktionsvorsitzender der radikalen Bauernpartei im Warschauer Sejm. Sowohl Okoń als auch Dąbal taten sich in Warschau mit Interpellationen hervor, in denen die zentralen Themen vom Tarnobrzeger Marktplatz in die Hauptstadt getragen wurden. Neben Anklagen gegen das Militär für ihr Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung zur Unterdrückung der Unruhen und Plünderungen, die im Frühjahr 1919 erneut eskalierten, übten sie Druck auf die Regierung aus, die notwendige Landreform schneller und radikaler umzusetzen. Die Mobilisierungserfolge der Republika Tarnobrzaska verhalfen ihren beiden am besten sichtbaren Akteuren zu mehrjährigen politischen Karrieren, die dazu beitrugen, die Normen, Symbole und Schlagworte galizischer Bauern in der politischen Kultur der Zweiten Republik zu verankern.

4 Zusammenfassung

Die Episode der Republika Tarnobrzaska verdeutlicht die Virulenz der Landfrage, namentlich das große Verlangen weiter Teile der Bevölkerung nach Acker- und Weideboden. Im Westteil des Kronlandes Galizien äußerte sich dieser Konflikt nicht wie in anderen Regionen der zerfallenden Kaiserreiche als nationaler, sondern als sozialer Antagonismus, der im Kontext der bolschewistischen Revolution zum Klassenkampf erklärt wurde. Das Potenzial des nationalen Aufbruchs als Zusammenschluss unterschiedlicher Bevölkerungsschichten verspielten die lokalen Honoratioren gleich zu Beginn, als sie es versäumten, die verschiedenen Lager der Bauernbewegung in die obligatorischen Komitees zu integrieren. Hierdurch fand die Polnische Liquidationskommission, welche die Strukturen der Habsburgermonarchie in eine polnische Republik überführte, keine Akzeptanz bei der bäuerlichen Bevölkerung. Vorstel-

⁹² Sprawozdanie c. k. starostwa w Tarnowie (wie Anm. 27), S. 134.

⁹³ Fragmenty pracy byłego starosty tarnobrzckiego dr. Spissa 1918–1922 [Fragmente einer Arbeit des ehemaligen Starosten von Tarnobrzeg Dr. Spiss 1918–1922], S. 15, in: APR 1246/14825, 1918–1922.

lungen vom polnischen *lud* als dem arbeitenden christlichen Volk hatten einen höheren Stellenwert als Ideen vom *naród*, der ständeübergreifenden polnischen Nation, deren Symbole der Hochkultur und der historischen Adelsrepublik entstammten.

In der Republika Tarnobrzaska artikuliert und etablierte sich eine Vorstellung vom Selbstbestimmungsrecht des einfachen Volkes, von der Herrschaft der Mehrheit über eine Oberschicht, die sich in der historischen Vergangenheit und insbesondere im Weltkrieg und seinem diskreditierten imperialen System auf Kosten der arbeitenden und kämpfenden Bevölkerung schadlos gehalten habe. In Foren und Formen der direkten Demokratie ließen Aktivisten der Republika im Schulterschluss mit der lokalen Bevölkerung neue Visionen von Staatlichkeit entstehen. Die Bezugnahme auf die neue Hauptstadt Warschau, das Parlament sowie Staatsführer Piłsudski war nicht zuletzt deshalb zentral und wichtig, weil sie dazu diente, die regionale provisorische Hauptstadt Krakau mit ihrer bauernfeindlichen Haltung zu marginalisieren. Pragmatische Gründe waren überhaupt maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die Republika Tarnobrzaska als ein Vehikel der Interessenvertretung konstituierte. Die Verteilung von Land an die bäuerliche Bevölkerung, die Legalisierung der bereits erfolgten Aneignungen und Bestrafungen volksfeindlicher Staatsvertreter sowie der Schutz vor Übergriffen durch das Militär waren essenzielle Bedürfnisse ihrer Unterstützer. Lokale Traditionen und Vorstellungen vom Volk, von gerechter Ordnung und von der Bauernbewegung im habsburgischen System spielten dabei ebenso hinein wie die jüngsten Auswirkungen und Verwerfungen des Krieges. Die Anhänger der Republika entwickelten ein populistisches Verständnis von Demokratie und Volk, wonach die Bedürfnisse der imaginierten und auf dem Marktplatz erfahrenen Mehrheit gegen eine bislang zu Unrecht privilegierte Minderheit durchgesetzt werden müssten.

Dass die Republika jedoch daran scheiterte, auch die besitzlose Bevölkerung vor Gewalt und Übergriffen zu schützen, führte zu ihrem Untergang trotz allem demokratischen Gepräge mit Versammlungen und Vertretern in Uniform. Ihre Anliegen und deren Kommunikation konnten hingegen durch das parlamentarische System repräsentiert und in die neue politische Kultur integriert werden. Dies und die Erinnerungen an die Machtdemonstration der bäuerlichen Unterschichten im Kampf für eine gerechte Verteilung von Land und eine angemessene Würdigung der Leistungen des arbeitenden Volkes hatten ihren Anteil daran, dass die Episode der Republika zu dem Traditionsbestand beitrug, den die Akteure der Volksrepublik Polen erfolgreich nutzten, um nach 1944 Akzeptanz für das kommunistische Regime zu generieren. Der staatssozialistische „Arbeiter- und Bauernstaat“ der Nachkriegszeit hieß ebenfalls Volksrepublik (Republika Ludowa), hatte auch eine vorläufige Regierung in Lublin und legitimierte seine Herrschaft nicht zufällig mit Symbolen und Motiven, die unter der ländlichen Bevölkerung positive Assoziationen und tief verwurzelte Imaginationen einer bauernfreundlichen Herrschaft weckten. Auch Umbrüche und Zäsuren können aus größerer Distanz als Ermöglichungsräume betrachtet werden, die Erfahrungshorizonte der Zukunft bilden. In der Umbruchsphase

am Ende des Zweiten Weltkriegs war der kurze Aufbruch des Jahres 1918 in jedem Fall handlungsleitend.

Bibliography

Unpublished Sources

- Archiwum Akt Nowych (AAN), Warsaw
Prezydium Rady Ministrów (PRM) 5226.
Archiwum Państwowe w Rzeszowie (APR)
Komitet Wojewódzki Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej w Rzeszowie 1246.

Published Sources

- KUMANIECKI, KAZIMIERZ WŁADYSŁAW (ed.): *Zbiór najważniejszych dokumentów do powstania Państwa Polskiego*, Kraków 1920.
PRZENIOSŁO, MAREK (ed.): *Narodziny niepodległości w Galicji (1918–1919): Wybór dokumentów z archiwów lwowskich*, Kielce 2007.

Literature

- BENEŠ, JAKUB: *The Green Cadres and the Collapse of Austria-Hungary in 1918*, in: *Past & Present* (2017), 1 (236), pp. 207–241.
BÖHLER, JOCHEN: *Civil War in Central Europe, 1918–1921: The Reconstruction of Poland*, Oxford 2018.
BUCHEN, TIM: *Herrschaft in der Krise—der “Demagoge in der Soutane” fordert die “galizischen Allerheiligen,”* in: JÖRG BABEROWSKI, DAVID FEEST et al. (eds.): *Imperiale Herrschaft in der Provinz: Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich*, Frankfurt am Main—New York 2008, pp. 331–355.
BUCHEN, TIM: *Antisemitismus in Galizien: Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900*, Berlin 2012.
BUCHEN, TIM: *Kollektive Gewalt und die religiöse Politisierung von Bauern in der habsburgischen Peripherie: “Rabatz” und “antisemitische Exzesse” in Westgalizien, 1846–1898*, in: EVELINE BOUWERS (ed.): *Glaubenskämpfe. Katholiken und Gewalt im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2019, pp. 173–196.
CHERNEV, BORISLAV: *The Brest-Litovsk Moment: Self-Determination Discourse in Eastern Europe before Wilsonianism*, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011), 3, pp. 369–387.
CIMEK, HENRYK: *Tomasz Dąbal: 1890–1937*, Rzeszów 2018.
CLARK, CHRISTOPHER M.: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.
DEÁK, ISTVÁN: *Der K.(u.)K. Offizier. 1848–1918*, Wien et al. 1995.
GUMZ, JONATHAN E.: *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918*, Cambridge 2014.
GUMZ, JONATHAN E.—DEAK, JOHN: *How to Break a State: The Habsburg Monarchy’s Internal War*, in: *The American Historical Review* 122 (2017), 4, pp. 1105–1136.
HAGEN, WILLIAM W.: *Anti-Jewish Violence in Poland, 1914–1920*, Cambridge 2018.
LANDIS, ERIC: *Who Were the “Greens”? Rumor and Collective Identity in the Russian Civil War*, in: *The Russian Review* 69 (2010), pp. 30–46.
LASOCKI, ZBIGNIEW: *Wspomnienia szefa administracji P.K.L. i K.Rz.*, Kraków 1931.

- LEIDINGER, HANNES—MORITZ, VERENA: *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr: Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920*, Wien 2003.
- MARZEC, WIKTOR: *Landed Nation: Land Reform and Ethnic Diversity in the Interwar Polish Parliament*, in: *Nationalities Papers* 52 (2023), pp. 929–949.
- MILLER, ALEKSY I.: *Do charakterystyki wsi powłaszczeniowej w latach siedemdziesiątych XIX wieku: Panika galicyjska 1872 roku*, in: *Przegląd Historyczny* 79 (1988), pp. 103–107.
- MÜLLER, DIETMAR: *Bodeneigentum und Nation: Rumänien, Jugoslawien und Polen im europäischen Vergleich, 1918–1948*, Göttingen 2020.
- PAJAKOWSKI, PHILIP: *Dynamics of Galician Polish Conservatism in the Late Nineteenth Century*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* NF 43 (1995), pp. 19–33.
- PRZENIOSŁO, MAREK: *Polska Komisja Likwidacyjna 1918–1919*, Kielce 2010.
- RAWSKI, JÓZEF: *Republika Tarnobrzaska w świetle źródeł i wspomnień adiutanta Powiatowej Komendy Wojsk Polskich w Tarnobrzegu*, Tarnobrzeg 1993.
- REK, TADEUSZ: *Książdz Eugeniusz Okoń*, Warszawa 1962.
- ROJA, BOLESŁAW: *Legends and facts*, Warszawa 1931.
- SŁOMKA, JAN: *Pamiętniki włościanina*, Kraków 1929.
- SPISS, TADEUSZ: *Ze wspomnień c. k. urzędnika politycznego*, Rzeszów 1936.
- STANKIEWICZ, WITOLD: *Konflikty społeczne na wsi polskiej: 1918–1920*, Warszawa 1961.
- STRUVE, KAI: *Bauern und Nation in Ostmitteleuropa: Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert*, in: ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN, JÖRN LEONHARD (eds.): *Nationalismen in Europa: West- und Osteuropa im Vergleich*, Göttingen 2001, pp. 347–371.
- STRUVE, KAI: *Bauern und Nation in Galizien: Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005.
- TOLKATSCH, DIMITRI: *Lokale Ordnungsentwürfe am Übergang vom Russischen Reich zur Sowjetmacht: Bauernaufstände und Dorfrepubliken in der Ukraine 1917–1921*, in: TIM BUCHEN, FRANK GRELKA (eds.): *Akteure der Neuordnung: Ostmitteleuropa und das Erbe der Imperien 1917–1924*, Berlin 2017, pp. 93–111.
- TOMASZEWSKI, JERZY: *Sprawozdanie Komisji Rządowej w sprawie rozruchów antyżydowskich na Rzeszowszczyźnie wiosną 1919 r.*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* (1996), 4 (180), pp. 59–76.
- TRAWIŃSKA, ZDZIŚLAWA—CIULIK, AUGUSTYN: *“Republika Tarnobrzaska” w świetle faktów i dokumentów*, Rzeszów 1958.